

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



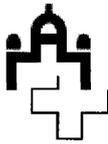
Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@parl.admin.ch

---

## 04.047 Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005

---





Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament

## Curia Vista - Geschäftsdatenbank

### 04.047 – Geschäft des Bundesrates Voranschlag 2005

Einreichungsdatum	24.09.2004
Stand der Beratung	Erledigt

Botschaft vom 24. September 2004 zum Voranschlag 2005 der Schweizerischen Eidgenossenschaft

#### Dokumente

- Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen
- Medienmitteilungen
- Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle

#### Chronologie / Wortprotokolle

##### Entwurf 1

Bundesbeschluss I über den Voranschlag für das Jahr 2005

Datum	Rat	
06.12.2004	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
08.12.2004	SR	Abweichend.
13.12.2004	NR	Abweichend.
14.12.2004	SR	Abweichend.
15.12.2004	NR	Abweichend.
15.12.2004	SR	Abweichend.
16.12.2004	NR	Beschluss gemäss Antrag der Einigungskonferenz.
16.12.2004	SR	Der Antrag der Einigungskonferenz wird abgelehnt.

Bundesblatt 2005 511

##### Entwurf 2

Bundesbeschluss II über die Entnahmen aus dem Fonds für die Eisenbahngrossprojekte für das Jahr 2005

Datum	Rat	
06.12.2004	NR	Beschluss nach Entwurf des Bundesrates.

**Zuständig**

Finanzdepartement  
(EFD)

**Konnexe Geschäfte**

04.3615

04.3616

04.3617

Sie sind hier: [Das Schweizer Parlament](#) > [Suche](#) > [Geschäfte](#)

---

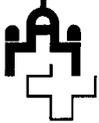
© Das Schweizer Parlament / CH - 3003 Bern, Impressum, Disclaimer

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



---

Dokumentationszentrale  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@pd.admin.ch

## Verhandlungen

## Délibérations

### **04.047 Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005**

3600.001 Stiftung Pro Helvetia

### **04.047 Budget de la Confédération 2005**

3600.001 Fondation Pro Helvetia

VH 04.047/3600.001

Stand am:  
Etat au:  
22.12.2004

04.047

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005**  
**Budget de la Confédération 2005**

*Fortsetzung - Suite*

*306 Bundesamt für Kultur*  
*306 Office fédéral de la culture*

*Antrag Bieri*  
3006.001 Stiftung Pro Helvetia  
Fr. 33 000 000

*Antrag Langenberger*  
3006.001 Stiftung Pro Helvetia  
Fr. 33 920 000

*Proposition Bieri*  
3006.001 Fondation Pro Helvetia  
Fr. 33 000 000

*Proposition Langenberger*  
3006.001 Fondation Pro Helvetia  
Fr. 33 920 000

**Bieri** Peter (C, ZG): Ich beantrage Ihnen, den Kredit für die Stiftung Pro Helvetia um eine Million Franken gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag zu kürzen und mit dieser Million wiederum den Kredit für die Förderung von Jugend und Sport zu erhöhen. Ich begründe meinen Antrag wie folgt: Ich habe im Jahre 2003 als damaliger Präsident Ihrer WBK den Zahlungsrahmenkredit für die Jahre 2004 bis 2007 zur Annahme empfohlen. Dieser Kredit liegt ganze 7 Millionen Franken höher als in den vergangenen vier Jahren. Ich habe damals dargelegt, welche gesetzlichen Aufgaben die Pro Helvetia zu erfüllen hätte. Zu ihnen gehört gemäss Zweckartikel des zuständigen Gesetzes "die Pflege der kulturellen Beziehungen mit dem Ausland". Ich lese Ihnen Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d vor. Die Tätigkeit der Stiftung umfasst insbesondere folgende Aufgaben - ich bitte Sie, gut zuzuhören -: "die Pflege der kulturellen Beziehungen mit dem Ausland, insbesondere durch Werbung um das Verständnis für schweizerisches Gedanken- und Kulturgut". Unser Rat und insbesondere unsere vorberatende Kommission haben damals bei der Beratung darauf hingewiesen, dass die Pro Helvetia künstlerisch unabhängig sein soll. Wir haben gleichzeitig aber auch mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass wir mit der Überlassung der hohen Summe von über 30 Millionen Franken an Bundesmitteln je Jahr der Stiftung auch eine hohe Verantwortung übertragen. Die Pro Helvetia steht im Rahmen der für die Kultur vorhandenen Mittel im Verteilungskampf mit anderen Institutionen wie etwa mit dem Bundesamt für Kultur sowie neuerdings in einem vermehrten Masse mit der im Ausbau begriffenen Kulturförderung des EDA. Wir haben diese nicht unproblematischen Doppelspurigkeiten, die mit entsprechendem Finanz- und Personalverschleiss verbunden sind, schon wiederholt kritisiert und bemängelt. Wir haben hingegen nie dagegen opponiert, dass gerade die Kulturförderung im Ausland ein wichtiges Anliegen unserer Aussenpolitik ist. Wenn nun jedoch die Pro Helvetia hingeht und ihren Auftrag der Werbung um das Verständnis für das schweizerische Gedanken- und Kulturgut so interpretiert, dass sie unsere ureigenen Wurzeln, unser historisches Selbstverständnis, unsere gesellschaftlichen Werte, die den

meisten Schweizer Bürgerinnen und Bürgern noch immer teuer sind, und unsere staatlichen Institutionen mit primitivster Anfeindung preisgibt, dann ist es infolge der offensichtlichen Unfähigkeit der Stiftungsorgane Sache des Parlamentes, über die finanzielle Steuerung einzugreifen.

Sie werden die Bilder in den Medien gestern selbst gesehen haben und sich dazu Ihre eigenen Gedanken gemacht haben, etwa den, welcher Zusammenhang zwischen den Urkantonen und dem Folterbild aus dem Abu-Ghraib-Gefängnis in Irak hergestellt werden kann. Und sollten Sie sich von dieser Widerlichkeit noch nicht angesprochen fühlen, so lese ich Ihnen gerne drei Sätze aus der "Neuen Zürcher Zeitung" von gestern vor: "Dazu wird die Schweiz in einem Theaterstück auf die Schippe genommen. So erbricht eine Schauspielerin in eine Abstimmungsurne, und ein Darsteller uriniert - in der Pose eines Hundes - gegen ein Bild Blochers. Hirschhorn sagte, er wolle damit eine Diskussion über die Demokratie eröffnen." Wenn das Kulturförderung in Sinne der Werbung für das Verständnis des schweizerischen Gedanken- und Kulturguts ist, dann müsste ich mein Verständnis für Kultur tüchtig revidieren.

Kunst darf durchaus aufrütteln. So habe ich selber etwa den Spruch "La Suisse n'existe pas" stets für einen anregenden, durchaus interpretierbaren Gedanken gehalten. Wenn jedoch die intimsten Werte und das persönliche Befinden unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auf eine derartige Weise mit Füßen getreten wird, so hat das Parlament im Sinne der Oberaufsicht und im Sinne der Budgethoheit seine Verantwortung wahrzunehmen. Ich habe mir in all den Jahren, in denen ich in der WBK gewesen bin, stets darüber Rechenschaft gegeben, dass sich die Politik nicht inhaltlich in die Kulturpolitik einmischen darf. Hingegen kann dieses Nichteinmischen nicht so weit gehen, dass die tiefsten Werte unseres Volkes mit verbalem Dreck beworfen und mit Füßen getreten werden. Wenn die verantwortliche Führung der Pro Helvetia nicht einsichtig und nicht selbst fähig ist, solchem Unsinn Einhalt zu gebieten, dann ist es Sache der Oberaufsichtsbehörde - das ist das Parlament -, hier einzugreifen. Das kann sie nicht mit einer staatlichen Kulturzensur tun; sie kann jedoch eingedenk des Gesetzesauftrages die vorhandenen finanziellen Ressourcen so einsetzen, dass diese einen besseren Nutzen erbringen. Ich beantrage Ihnen, den Kredit der Pro Helvetia um 1 Million Franken zu kürzen. Im Übrigen möchte ich den Bundesrat an dieser Stelle einmal mehr bitten, sich sehr wohl zu überlegen, welche Institutionen er im neuen Kulturförderungsgesetz wie einbettet und welche Aufträge er welcher Institution geben wird.

Im weiteren Sinne - und dies besonders beim Jugendsport - gehört eben auch Breitensport zur Kultur einer Gesellschaft. Im Gegensatz zur Pro Helvetia, welcher der Zahlungsrahmenkredit erhöht wurde, hat man bei Jugend und Sport den Kredit um 1,5 Millionen Franken gekürzt. Ich habe den Direktor des Bundesamtes für Sport gefragt, was die Folgen wären. Er hat mir gesagt, dass folgende Massnahmen notwendig würden: Erstens wäre eine Kürzung der Entschädigung der jugendlichen Leiter nötig, was im Übrigen nicht sehr motivierend ist, auch wenn das Geld beim Engagement dort nicht im Vordergrund steht - ich war selber einmal Jugend- und Sport-Leiter; zweitens könnten rund 15 000 Jugendliche nicht mehr gleichermaßen in den Genuss sportlicher Förderung kommen, und drittens müssten gewisse Sportarten von der Förderung ausgenommen werden.

Da das Bundesamt für Sport bekanntlich ein Flag-Amt ist, muss es gewisse Kürzungen, die ihm vorgegeben werden, innerhalb des eigenen Budgets selbst vornehmen. Der Direktor des Bundesamtes hat mir auch gesagt, dass sein Amt bis zum Jahre 2008 67 Millionen Franken sparen muss.

Geben wir doch diese Million Kinder und Jugendlichen, die durch ihren Bewegungs- und Tattendrang sowie durch ihre Bereitschaft für sich und die Gesellschaft etwas Positives leisten, und nehmen wir sie dort, wo Dekadenz und Miesmacherei unsere Gesellschaft und ihre Institutionen zerstören will. Als Parlamentarier, der sich hier während Jahren für die Kultur eingesetzt hat, kann ich das mit gutem Gewissen verantworten.

**Langenberger** Christiane (RL, VD): Ma proposition s'inscrit aussi dans le cadre de l'exposition du Centre culturel suisse de Paris. Je dois en tout premier lieu préciser deux points: j'ai toujours soutenu jusqu'à présent le travail de Pro Helvetia; je trouve parfaitement normal que l'on puisse critiquer en Suisse notre pays, notre démocratie, nos responsables politiques, surtout dans les milieux artistiques qui doivent pouvoir compter plus que tout sur la liberté d'expression.

Cela ne me permet pas d'accepter certains excès, de la part d'un artiste suisse renommé, dans le cadre d'une exposition à l'étranger subventionnée par l'Etat, donc par les impôts de nos contribuables. Nous avons un art consommé de faire de l'autocritique. Alors que le monde

entier envie notre système de démocratie directe, que certains pays aujourd'hui même se battent pour obtenir une toute petite part de cette démocratie, je trouve déplacé de voir cette démocratie salie, dénaturée. J'estime particulièrement grave que l'on envoie un carton d'invitation réunissant une scène de torture émanant d'une prison tristement célèbre d'Irak et les emblèmes des trois cantons à l'origine de notre pays. Cet amalgame est une insulte inadmissible envers la population de ces cantons. Que dire d'une scène animée où l'on vomit dans une urne, où l'on fait semblant d'uriner sur le portrait d'un conseiller fédéral? Est-ce vraiment de l'art? Est-ce à Pro Helvetia de promouvoir ce type de message politique? Je trouve cela d'un goût plus que douteux. Même si, depuis quelque temps, la vie politique suisse est rythmée par des messages visuels provocateurs et dommageables pour la démocratie, il est d'autant plus regrettable que de telles dérives trouvent leur expression dans la sphère culturelle. Alors, on pourra me dire que je n'ai pas vu l'exposition; on pourra me reprocher que ce sont des éléments plutôt isolés dans cette exposition. Mode ou pas mode, grand artiste ou pas, je souhaite donner un signe d'un certain ras-le-bol.

Je demande donc, pour ma part, une réduction symbolique du budget de Pro Helvetia, correspondant à un montant qui représente ce que Thomas Hirschhorn doit, semble-t-il, recevoir comme rétribution pour cette exposition.

**Gentil** Pierre-Alain (S, JU), pour la commission: La commission s'est brièvement penchée ce matin sur les propositions qui viennent de vous être soumises et, compte tenu de l'heure matinale et du peu de temps à disposition puisque nous avons siégé entre 7 heures et 8 heures, elle n'a pas eu le temps de mener un intense débat culturel. Je ne voudrais donc pas me faire le porte-parole d'un débat plus ample que celui qui a eu lieu en commission.

Simplement, plusieurs représentants de la commission, ce qui fait que je peux m'exprimer en leur nom, ont estimé qu'il serait tout à fait contestable que le Parlement, dans le cadre d'une décision budgétaire, prenne des décisions qui sont typiquement des décisions de mauvaise humeur, émotionnelles et plus guidées par la lecture des journaux à sensation que par ce que l'on est en droit d'attendre d'élus qui défendent les intérêts supérieurs de l'Etat.

Vous avez dit vous-même, Madame Langenberger, que nous avons à préserver l'esprit de la critique artistique, et c'est un point de vue que la commission partage. Ce qui est un peu étonnant, c'est qu'après avoir affirmé cette vérité générale, vous vous empressiez de dire que dans le cas particulier, vous n'entendez pas la respecter, puisque vous entendez sanctionner un artiste. Il faut être clair: du point de vue de la commission, les goûts et les couleurs sont toujours discutables. Si nous trouvons que telle exposition, tel livre, tel film financés par des fonds publics prêtent à discussion, il y a d'autres terrains sur lesquels nous pouvons discuter le contenu de ces films, de ces livres et de ces expositions; mais venir ici, en séance de budget, avec une espèce d'opération de repréailles, est quelque chose qui a peu trait à la politique culturelle au sens large qu'on entend voir mener de la part d'un Etat.

Nous avons à définir des principes. Nous avons d'autres moyens d'interpeller les gens qui interprètent librement ou trop librement, à notre goût, cette autonomie du goût et de la pensée. Le monde politique a démontré, lui aussi - vous l'avez relevé, chère collègue - ces derniers temps que le mauvais goût avait aussi en son sein ses lettres de noblesse, et il est assez inconvenant pour nous, politiciens qui cédonc de cas en cas à la polémique en dessous de la ceinture, de prétendre faire la morale à des artistes ou des auteurs qui, de temps en temps, font de la provocation, ce qui, de toute éternité, est la vocation des artistes.

Nous vous proposons en conséquence de ne pas tirer prétexte d'une exposition et de son contenu pour réduire les prestations versées par la Confédération à Pro Helvetia, de maintenir ce budget en répétant que si d'aucuns ici pensent que Pro Helvetia a une politique discutable, il y a tout un tas d'autres moyens de demander des comptes à cette institution plutôt que de s'attaquer à son budget.

C'est la raison pour laquelle je vous propose, au nom de la commission, de vous en tenir au projet du Conseil fédéral.

**Leuenberger** Ernst (S, SO): Ein absolutistischer französischer König hat gesagt: "On n'arrête pas Voltaire" - man verhaftet Voltaire nicht. Voltaire hat sich diesem absolutistischen König gegenüber ungefähr alle Unflätigkeiten zuschulden kommen lassen, die nur vorstellbar sind. Er war kein Liberaler, dieser französische König, und auch der Zweite, den ich zitieren will, war kein Liberaler. Der grosse Preussenkönig hat zu Voltaire gesagt: "Ich bin mit Ihnen überhaupt nicht einverstanden, in keiner Art und Weise einverstanden, aber ich würde Ihr Recht

auf Meinungsäusserungsfreiheit verteidigen."

Das Votum, das ich hier halten will, müssten grosse Liberale in diesem Saal halten. Ich habe sie bisher noch nicht gehört. Ich wünschte mir, dass sie noch zu hören wären. Herr Gentil hat es schon gesagt: Wir sind hier in einer Finanzdebatte, wir haben Mittel zuzuteilen, an Organisationen beispielsweise, die gewisse Aufträge haben. Wir haben andere Instrumente, um zu überprüfen, ob diese Mittel so eingesetzt sind, wie wir uns das wünschen.

Zu diesem inkriminierten Künstler ein Bekenntnis eines Banausen: Bis vor drei Tagen habe ich diesen Namen nicht gekannt. Die Ringier-Presse hat mich auf diesen Namen aufmerksam gemacht. Ich muss Ihnen sagen: Was ich gesehen und gelesen habe, das gefällt mir nicht, gefällt mir wirklich nicht, und ich würde hingehen und mich bei allen im Namen dieses mir unbekanntem Herrn entschuldigen, die er beleidigt hat. Aber ich würde sagen: Diese Demokratie, diese offene Gesellschaft Schweiz ist gefestigt genug, dass sie auch einen erträgt, der wie Voltaire alle Unflätigkeiten, die ihm in den Sinn kommen, serviert.

Wir haben es knurrend zur Kenntnis genommen, als Friedrich Dürrenmatt in seiner Havel-Rede die Schweiz mit einem Gefängnis verglichen hat, das aus Gefangenen und Gefängniswärtern besteht, wo gelegentlich Rollentausch stattfindet, indem die Gefangenen zu Wärtern werden. Einige von uns haben sich amüsiert, andere haben sich geärgert. Das ist die Freiheit eines jeden. Wir haben uns geärgert, als Max Frisch die Schweiz als verluderten Staat bezeichnet hat. Ich gebe Ihnen gegenüber zu: Mir als Politiker, der sich auch verantwortlich fühlt für dieses Land, hat das wehgetan. Aber ich habe damals gesagt, und ich sage es heute, er möge die Freiheit gehabt haben, das zu sagen. Wir nehmen uns die Freiheit, solche Aussagen eben zu werten und nicht alles zu glauben.

Wenn von Dekadenz die Rede ist, dann wird mir ganz komisch zumute, weil - und das ist jetzt heikel, was ich sage - für mich ein Äquivalenzbegriff zu Dekadenz dann der Begriff Inquisition ist. Das ist keine gute Geschichte, in diesem Land nicht, im alten Europa nicht. Es gibt Dinge, die es gibt. Wir haben uns aufgeregt über "Suiza no existe"; aber wir existieren; und ob wir existieren - dieses Land mit seinen sieben Millionen Bewohnerinnen und Bewohnern -, da kann einer lange "Suiza no existe" sagen! Wir haben uns darüber aufgeregt; ich auch. Wir haben uns auch einmal aufgeregt, als ein Film gemacht wurde, in dem ein Genfer Professor, der auch einmal im Parlament sass, zu Wort kam. Daraufhin ist der Nationalrat hingegangen und hat damals die Filmkredite gekürzt. Der Ständerat hat das wieder in Ordnung gebracht. Wir dürfen hier keine Strafaktionen veranstalten. Ich sage es Ihnen - und ich bin ein temperamentvoller Mensch, der sich gelegentlich sehr ärgert, bis zur Weissglut -: Zorn ist hier, in diesem Zusammenhang, der falsche Ratgeber! Ich werde gerne bereit sein, diesem Herrn, wenn jemand Unterschriften sammelt, einen Brief zu schreiben, um ihm unser Unbehagen über seine Äusserungen kundzutun. Ich bin auch bereit, mich bei jenen zu entschuldigen, die sich beleidigt fühlen. Aber wir dürfen hier keine Strafaktion vom Zaun reissen! Ich bitte Sie dringend darum: Nehmen Sie meinetwegen, wenn es nicht anders geht, einen absolutistischen französischen König als Vorbild, oder nehmen Sie den Preussenkönig als Vorbild, wenn Republikaner nicht mehr genügen.

**Brändli** Christoffel (V, GR): Der Auftritt der Schweiz in Paris macht einmal mehr deutlich, dass im Ausland verschiedene Organisationen mit unterschiedlichen Botschaften und unterschiedlichen Konzepten auftreten - alles mit Steuergeldern finanziert. Dabei wäre klar, dass der gesetzliche Auftrag für alle formuliert ist - nur kümmern sich einzelne Organisationen nicht um diesen Auftrag. Unsere Aufgabe ist es aber, den Einsatz der Mittel zu überprüfen und dafür zu sorgen, dass die Mittel gesetzeskonform eingesetzt werden. Es geht hier nicht um die Meinungsfreiheit, wie es Herr Leuenberger dargestellt hat, sondern es geht um die Finanzierungsfragen. Ich sage Ihnen, Herr Leuenberger: Ich setze diese Mittel lieber für arme Leute ein als für einen derartigen Unsinn.

Die Kommentare in den Medien zum von Pro Helvetia finanzierten Auftritt in Paris sind typisch. Ich zitiere zwei Sätze aus der "Berner Zeitung". Der erste Satz lautet: "In einer demokratischen Gesellschaft geht es nicht an, nur eine Kultur zu fördern, die allen genehm ist." Der zweite Satz lautet: "Allenfalls versucht die SVP, im Budget 2005 die Mittel von Pro Helvetia zu kürzen." Das sind zwei interessante Sätze.

Zum ersten Satz: Es geht hier nicht um die Frage einer Kultur, die genehm ist. Man kann darüber diskutieren, welchen kulturellen Wert die bildliche Darstellung des Anpinkelns eines Bundesrates hat. Ich habe mich masslos darüber geärgert, als ich heute das Interview von Pro-Helvetia-Direktor Pius Knüsel gelesen habe. Er sagte: "Das geht an die Grenze des Anstandes." Also ist es noch anständig. Und er sagt: "Ausserdem ist es eine moderne Interpretation

eines Sticks von Johann Heinrich Füssli, auf dem ein Hund an die Stange mit Gesslers Hut pinkelt." Also wird Gessler mit einem unserer Bundesräte gleichgesetzt. Mit diesen Äusserungen wird dieser Fall nicht zu einem "Fall Hirschhorn" - dieser Fall wird zu einem "Fall Pro Helvetia" und zu einem "Fall Knüsel". Ich meine, dass es für dieses Parlament eine Zumutung ist, wenn Pro Helvetia Künstlern, die öffentlich sagen, dass sie in der Schweiz aus Protest nicht ausstellen, im Ausland eine mit Steuergeldern finanzierte Plattform bietet.

Der Künstler sagt in dieser Situation: "... wenn das so ein Ding gibt, dann muss irgendwo ein Problem sein." In der Tat besteht ein Problem, wenn wir Provokation und die Vermittlung billigster Botschaften als Ausdruck unserer schweizerischen Kultur im Ausland präsentieren und wir dies nicht einmal kritisieren dürfen. Auch das gehört zu unserer Demokratie. Stossend ist aber vor allem die Tatsache, dass der Künstler das erreicht hat, was er wollte: Aufmerksamkeit. Ich meine, darum geht es heute vielen sogenannten Künstlern in erster Linie: In der Tat nicht Leistung, sondern geschickte Provokation ist heute die Zielsetzung vieler Auftritte. Zum zweiten Satz: Allenfalls - das wurde gesagt - würde die SVP-Fraktion versuchen, im Budget 2005 die Mittel von Pro Helvetia zu kürzen. Auch das ist ein zu einfaches Schema: "Die populistische SVP versteht nichts von eigentlicher Kultur und wird in bewährter Schwarz-Weiss-Manier eine Strafaktion durchführen." Ich bin deshalb sehr froh, dass die Anträge aus Kreisen der FDP und der CVP kommen.

Es geht also um Grundsätzliches. Worum eigentlich? Letzte Session haben wir eine umfassende Diskussion über den Auftritt der Schweiz im Ausland geführt. Unzählige Organisationen mit unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Botschaften prägen das Bild. Das Chaos ist offensichtlich so gross, dass sogar externe Büros beauftragt werden, dieses Chaos zu entwirren. Ziel der eingeleiteten Massnahmen ist es, zu einem effizienten und einheitlichen Auftritt der Schweiz im Ausland zu gelangen. Im Hinblick auf dieses Ziel tun wir gut daran, klare Zeichen zu setzen. Mit einer Unterstützung des Antrages Bieri bringen wir zum Ausdruck, dass sich auch die kulturellen Organisationen, sofern sie Steuermittel in Anspruch nehmen, einem Gesamtkonzept unterordnen müssen.

Ich meine, der Antrag Langenberger geht zu wenig weit, denn mit Annahme dieses Antrages finanzieren Sie diesen Auftritt in Paris mit. Er kostet 180 000 Franken, und Frau Langenberger will nur einen Teil davon kürzen. Der Antrag Bieri hat nichts damit zu tun, dass wir den kulturellen Organisationen nicht Narrenfreiheit zugestehen. Die Frage sei aber gestellt, ob wir Narren in jedem Fall mit Steuergeldern fördern sollen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag Bieri zu unterstützen.

**Fetz Anita (S, BS):** Über Geschmack lässt sich bekanntlich trefflich streiten. Ich habe diese Ausstellung in Paris nicht gesehen, ich habe die Medienberichte gesehen und ziehe daraus den Schluss, dass es sich um eine äusserst provozierende Auseinandersetzung mit der Demokratie handelt. Die Bilder, die ich in den Medien gesehen habe - das kann ich offen sagen -, gefallen mir nicht, ja, ich persönlich finde einzelne sogar geschmacklos. Ich bin mir aber bewusst, dass ich damit nicht die Gesamtausstellung gesehen habe. Soviel muss auch einmal gesagt sein. Diese Bilder geben natürlich einen sehr eingeschränkten Einblick, aber, wie gesagt, ich persönlich habe einzelne Bilder, die ich gesehen habe, geschmacklos gefunden. Dennoch halte ich daran fest: Die Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass es eben Meinungsfreiheit gibt, dass es Debatten gibt, ja dass es sogar Streit gibt. Gegenüber dem Argument von Kollege Brändli, dass das die künstlerische Freiheit zwar in Ordnung ist, aber dann nicht noch mit Steuergeldern bezahlt werden soll, bin ich ambivalent eingestellt. Ein gewisses Verständnis habe ich dafür, aber nicht in Bezug auf diese Frage. Mit meinen Steuergeldern werden dutzendweise Sachen finanziert, die ich persönlich nicht unterstützen würde. Das liegt nun einmal in der Natur von Steuern: Man bezahlt sie sozusagen als Ganzes und bestimmt als Individuum nicht mehr mit, wo sie eingesetzt werden.

Ich würde dem Gremium empfehlen: Bleiben Sie gelassen, lassen Sie sich eben nicht provozieren, sonst wäre ja die Provokation erfolgreich. Denken Sie daran: Wir leben in einer offenen Gesellschaft, ja ich sage, in einer republikanischen Gesellschaft, die eben keine Könige mehr braucht. Wir leben in einem Staat, der eine radikalfreisinnige, liberale Tradition hat. Und die Schweiz, meine ich, ist unter demokratischem Aspekt genug stark, um auch sehr provozierende Auseinandersetzungen, insbesondere im Kulturbereich, zu ertragen. Darum sollten wir uns nicht hinreissen lassen, hier eine moralische Strafaktion zu führen, sondern sollten gelassen bleiben. Die Strafkürzung scheint mir eines gelassenen Parlamentes unwürdig und schmeckt auch ein bisschen nach Zensur. Das wäre jetzt doch "tant de bruit pour une omelette". Lassen Sie sich nicht provozieren: Das ist eigentlich meine Hauptbotschaft.

**Schiesser** Fritz (RL, GL): Ich möchte eine kurze Erklärung zu meiner Stimmabgabe abgeben. Herr Kollege Leuenberger, jetzt spricht ein zweiter Banause: Ich kannte diesen Künstler auch nicht, ich habe gestern den Namen wohl zum ersten Mal gehört. Ich habe gestern Abend einige Bilder von dieser Ausstellung gesehen, von der ich vorher keine Notiz genommen hatte, und kann diese Ausstellung auch nicht als Ganzes beurteilen. Die Bilder, die ich gesehen habe, sind kommentiert worden, dazu muss ich nichts mehr sagen. Ich habe mir nur etwas dabei gedacht: Unsere Demokratie ist viel zu stark, viel zu gut, viel zu fest verankert, als dass sie durch solch provozierende Ausstellungen in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden könnte. Das war für mich die Erkenntnis aus diesen Bildern, die ich gesehen habe. Eines möchte ich aber mit aller Deutlichkeit festhalten: Die Szene, in der ein Bild einer hohen Persönlichkeit aus diesem Land mit Urin bespritzt werden soll, also das Urinieren auf eine Person, ist für mich die Verletzung der Würde eines Menschen, das hat mich schockiert. Das sind Szenen, wie wir sie aus den Foltergefängnissen im Irak kennen. Das kann ich nicht akzeptieren, das ist eine Verletzung der Würde eines Menschen. Ob es sich dabei um ein Mitglied des Bundesrates handelt oder um einen anderen Menschen, spielt für mich keine Rolle. Ich habe mir bestätigen lassen, dass diese Szene offenbar so dargestellt wird. Ich werde dennoch den Auffassungen von Herrn Leuenberger folgen: Ich möchte jetzt nicht aus dieser Überlegung heraus den Kredit für Pro Helvetia kürzen. Es ist besser, wenn wir uns in der WBK mit Pro Helvetia an einen Tisch setzen und über diese Würdeverletzung und die anderen Vorfälle einmal gründlich diskutieren und uns auch überlegen, was der Auftrag von Pro Helvetia wirklich ist, dies in aller Offenheit und mit freier Meinungsäußerung für Künstler. Aber auch die Meinungsäußerungsfreiheit von Künstlern hat Grenzen. Ich überlege mir aber ernsthaft, den Antrag Bieri zu unterstützen. Hier geht es um etwas anderes, das möchte ich ganz klar verstanden haben. Das ist für mich nicht eine Strafaktion, sondern es ist für mich eine Interessenabwägung zwischen zwei öffentlichen Interessen. Da kann ich durchaus die Auffassung vertreten, dass eine Verschiebung von einem Posten auf einen anderen erfolgen kann. Ich werde also dem Antrag Bieri zustimmen. Das zu meinem Abstimmungsverhalten.

**Langenberger** Christiane (RL, VD): Je suis persuadée que le débat a eu lieu ici, qu'il y a eu une première discussion. Nous avons pu manifester aussi notre révolte par rapport à certaines images que nous avons vues. Pour ma part, je retire ma proposition - puisqu'elle est aussi interprétée comme quelque chose qui n'est pas digne d'une libérale - en faveur de la proposition Bieri. Le succès de cette démarche dépendra du vote du conseil.

**Präsident** (Frick Bruno, Präsident): Der Antrag Langenberger ist zurückgezogen worden.

**Marty** Dick (RL, TI): Je comprends l'indignation que ces images parues dans la presse ont provoquée, bien qu'aucun d'entre nous, sauf erreur, n'ait vu l'exposition au Centre culturel suisse à Paris - non seulement je comprends cette indignation, mais encore je la partage. Je me demande si on n'est pas en train de faire un trop grand honneur à l'artiste en cause et d'en faire un martyr. On a parlé de Voltaire, de Dürrenmatt, de Frisch, peut-être qu'on exagère! Les artistes n'ont pas toujours été reconnus par leurs contemporains: je pense à Gauguin, mort non seulement dans l'indifférence, mais aussi objet du mépris de ses contemporains, bien qu'il n'ait jamais bénéficié de subsides publics. Je pense qu'il serait faux de réagir aujourd'hui sur la base d'émotions, aussi justifiées soient-elles. Alors, on doit se demander quelle est la meilleure façon de réagir. En coupant dans le budget de Pro Helvetia, on ferait une faute: on contribuerait à transformer cet artiste en martyr; on serait accusé de censure. Je crois que ce que vient de dire notre collègue Schiesser est tout à fait juste: il faut que notre commission compétente en matière de culture s'occupe de cela, qu'on demande un rapport précis au Département fédéral de l'intérieur, qu'on entende les responsables de Pro Helvetia, qu'on contrôle quelle est la politique culturelle de cette institution. Si on coupe dans le budget de Pro Helvetia aujourd'hui, ce n'est pas l'artiste Thomas Hirschhorn qu'on va punir, mais d'autres artistes, d'autres manifestations culturelles, dont la majorité est certainement valable. Je trouve que ce serait une faute de punir ceux-ci et celles-ci à cause d'un artiste.

Qu'on ne vienne pas me dire tout à coup que la proposition Bieri de transférer un crédit n'a rien à voir avec l'exposition de Paris! Tout le développement de Monsieur Bieri était fondé sur ce qui s'est passé à Paris. Cela me paraît un peu populiste de dire: "Alors, on va donner l'argent à la jeunesse." Pourquoi ne pas prendre l'argent ailleurs? Je trouve qu'on devrait réagir avec un peu plus de calme et, comme l'a très bien dit Monsieur Schiesser, on vit dans une démocratie qui ne se laisse quand même pas ébranler par un artiste qui fait des imbécillités à Paris! C'est déplorable que cela soit subventionné par de l'argent public. Je suis d'accord qu'on examine à fond cette affaire, mais pas en punissant d'autres artistes comme on le ferait en coupant dans le budget de Pro Helvetia.

**Bieri** Peter (C, ZG): Nach dieser Diskussion, bei der auch mein Votum diskutiert wurde, möchte ich kurz eine Antwort geben. Herr Leuenberger, Sie haben beim Budget gesagt, Sie hätten viele Briefe erhalten. Ich habe auch Briefe und Telefonate erhalten, wo zum Ausdruck kam, dass sich die Leute nun wirklich in ihren innersten Werten verletzt gefühlt haben. Auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

Ihr Bild von Voltaire stimmt bis zum letzten Punkt; aber der König hat den Voltaire nicht noch bezahlt. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied bei diesem Bild, das leider nicht ganz zu hundert Prozent stimmt. Die Meinungsfreiheit soll gelten; im Rahmen unserer Wertordnung darf sich auch jeder nach seinem Gusto darstellen, aber ich bin dagegen, dass dort, wo intimste Werte des Menschen verletzt werden, der Staat dies auch noch finanzieren muss. Zur Frage der Dekadenz und der Möglichkeit, das mit der Inquisition zu vergleichen: Was ist denn Dekadenz, wenn nicht das, wenn mit den Fäkalien des Menschen auf andere losgegangen wird? Tiefer kann man wahrscheinlich nicht mehr sinken.

Ein nächster Punkt: Wir sollen nicht im Zorn handeln. Ich bin gestern über die Bücher gegangen und habe die Botschaft des Rahmenkredites 2004-2007 der Pro Helvetia nochmals studiert. Ich habe das Gesetz betreffend die Pro Helvetia hervorgehoben und habe dort die Aufträge studiert, die per Gesetz vorhanden sind. Ich habe nachgelesen, welche Zielsetzungen die Pro Helvetia für die kommenden Jahre festgelegt hat und zu denen wir letztlich ohne Abstriche Ja gesagt haben. Dass diese Ziele damit nicht erfüllt wird, leuchtet auch Ihnen ein. Sie sagen, man solle gelassen bleiben, Frau Fetz. Ja, sollen wir denn ewig gelassen bleiben? Wir können doch nicht bis zum Gehnichts mehr einfach schweigen, alles schlucken, alles einstecken. Irgendwie gibt es auch in unserem Auftrag als Parlamentarier den Auftrag, für eine Gesellschaft zu sorgen, in der sich die Menschen in ihren privatesten Bereichen verstanden, akzeptiert und nicht verletzt fühlen. So verstehe ich meinen Auftrag. Gelassenheit ja, aber nicht bis zum Gehnichts mehr und nicht ohne Grenzen.

Ich leite meinen Antrag aus meiner Verantwortung ab, dass wir hier im Parlament erstens die Oberaufsicht und zweitens die Budgethoheit haben. Ich nehme den Betrag der Kultur nicht einfach weg, sondern will ihn einem anderen Zweck zuführen, wo auch ein Beitrag zur Kultur geleistet wird. Man kann darüber streiten, wie viel dort noch zugefügt werden muss; Herr Bundesrat Merz wird das noch sagen. Aber ich meine, auch das wäre eine gelungene Kulturförderung.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

**Merz** Hans-Rudolf, Bundesrat: Diese spannende kulturpolitische Debatte muss jetzt leider wieder auf das Budget zurückgeführt werden, und ich gestatte mir, in ganz trockener Weise einfach noch einmal die finanzpolitischen Aspekte in Erinnerung zu rufen.

Beim Bundesamt für Kultur geht es um die Pro Helvetia. Der Bundesrat schlägt Ihnen mit 34 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres eine Kürzung um 700 000 Franken vor. Sie wissen - und Herr Bieri hat das in Erinnerung gerufen -, dass diese Stiftung mit einem mehrjährigen Zahlungsrahmen finanziert wird. Er endet im Jahr 2007. Im Grunde hat die Pro Helvetia jedes Jahr 34,2 Millionen Franken zugute von diesen 137 Millionen, die Sie bewilligt haben. Er hat auch mit Recht auf die Botschaft aufmerksam gemacht, wo der Auftrag von Pro Helvetia geschildert ist. Wir sind zum Schluss gekommen, dass man die Kürzung auf 34 Millionen Franken, wie wir es vorschlagen, mit Priorisierung der Förderbereiche erzielen kann. Das Bundesamt für Kultur war damit einverstanden, und der Bundesrat beantragt Ihnen diesen Betrag.

Der zweite Punkt ist ein Thema, das mich ein bisschen ärgert. Wir sind dabei, mit diesen Entlastungsprogrammen wirklich in allen Bereichen Bündnisse zu suchen und mit allen Ämtern zu sprechen, und es kommt einfach immer wieder vor, dass dann im Nachhinein von einem Amt

gejammert wird. Auch hier im Zusammenhang mit dem Bundesamt für Sport (Baspo) habe ich ein gewisses Unbehagen, muss ich sagen. Diese Kürzung von 1,5 Millionen müssen Sie messen an dem, was dem Baspo frei zur Verfügung steht. Das sind 55,5 Millionen, das sind 3 Prozent. Wenn jetzt da zuhause von Parlamentariern gesagt wird, es hätten 14 000 oder 15 000 Jugendliche dann keinen Unterricht mehr, dann ist das alles Unsinn. Das ist alles reiner Unsinn! Das ist eben genau die Art und Weise, wie man nicht budgetieren darf. Man sieht irgendwo eine Lücke und sagt, man könne jetzt die 1,5 Millionen wieder aufbauen. Das haben wir alles mit dem Baspo besprochen. Das Baspo soll wie andere Bereiche auch an dieses Entlastungsprogramm bzw. an das Budget beitragen.

Die Mittel zur Umsetzung des sportpolitischen Konzeptes des Bundesrates - an dem uns sehr viel liegt, denn viele von uns sind mit dem Sport sehr verbunden - sind vom Baspo mit dieser Kürzung ausdrücklich ausgenommen worden. Deshalb möchte ich Ihnen empfehlen, dass Sie den Antrag Bieri wenn möglich untergliedern, obwohl er ja eine Einheit bildet; aber vielleicht kann man doch einen Weg finden, zwei getrennte Abstimmungen durchzuführen. Mich ärgert diese Aufstockung. Sie hat einen präjudiziellen Charakter. Wir haben eine ganze Menge von Positionen, bei denen man nachher ähnlich argumentieren könnte.

Damit möchte ich schliessen und Sie bitten, die finanzpolitischen Überlegungen wieder in den Vordergrund zu stellen und entsprechend zu befinden.

*Abstimmung - Vote*

Für den Antrag Bieri .... 24 Stimmen

Dagegen .... 13 Stimmen

04.047

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005**  
**Budget de la Confédération 2005**

*Différences - Divergences*

**Département des Innern - Département de l'intérieur**

*306 Bundesamt für Kultur*  
*306 Office fédéral de la culture*

*Antrag der Mehrheit*  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*  
(Pfister Theophil, Kaufmann, Loepfe, Maurer, Wäfler, Walker Felix, Zuppiger)  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag Häberli-Koller*  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Fr. 33 000 000  
*Schriftliche Begründung*  
Diese Million soll bei der Denkmalpflege (3600.252) eingesetzt werden, da hier die Kantone und Gemeinden grossen Bedarf haben. Die Kürzung soll jedoch innerhalb des Bundesamtes für Kultur verwendet werden.  
Der Stiftung Pro Helvetia soll so aber gezeigt werden, dass Provokation und schlechter Geschmack Grenzen haben.

*Proposition de la majorité*  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Maintenir

*Proposition de la minorité*  
(Pfister Theophil, Kaufmann, Loepfe, Maurer, Wäfler, Walker Felix, Zuppiger)  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition Häberli-Koller*  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Fr. 33 000 000  
*Développement par écrit*  
Le million de francs retiré à Pro Helvetia pourrait servir à la conservation des monuments historiques (3600.252), les cantons et les communes ayant dans ce domaine des besoins importants. La somme concernée restera toutefois inscrite au budget de l'Office fédéral de la culture.  
Le but d'une telle mesure est de signaler à la Fondation Pro Helvetia que la provocation et le mauvais goût ont des limites.

**Pfister** Theophil (V, SG): Die Stiftung Pro Helvetia steht nicht nur in diesem Jahr bei der Bud-

getdebatte in den Traktanden. Auch im Vorjahr wurde ein Antrag Mathys diskutiert. Er forderte eine Budgetreduktion um 2 Millionen Franken. Die Finanzkommission hat damals den Antrag nur mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Heute steht wiederum eine Kürzung zur Debatte, die allerdings nur die Hälfte des Kürzungsbetrags des letztjährigen Antrages ausmacht. Die Auffassung der Stiftung Pro Helvetia über den Einsatz der Mittel ist seit langem umstritten, wie auch die Stiftung selbst. Innerhalb der Stiftung gibt es ebenfalls grosse Unruhe und Meinungsverschiedenheiten; Sie haben in den letzten Jahren davon gehört.

Als Parlament müssen wir darauf bestehen, dass die gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des Pro-Helvetia-Gesetzes, eingehalten werden. Dies ist heute nicht der Fall. Wollen wir nach all dem Vorgefallenen, nach all den Diskussionen um eine sehr umstrittene Ausstellung den Verantwortlichen den Persilschein ausstellen und der Bürgerschaft zumuten, im bisherigen Stil immer wieder solche Vorfälle zu finanzieren, oder wollen wir hier die klare Vorgabe des Ständerates übernehmen? Nur diese Wahl haben wir heute.

Es ist nicht richtig, wie das immer wieder gesagt wird, dass wir hier einfach die Falschen bestrafen wollen. Im Rahmen der Entlastungsprogramme wurde die Pro Helvetia bis heute total verschont. Wenn wir hier nicht mitmachen, dann wird es in dieser Sache auch im Parlament und im Volk keine Ruhe mehr geben; das kann ich heute deutlich voraussehen. Das hat nun nichts, aber auch gar nichts mit staatlicher Zensur der Kunst oder mit Strafaktion zu tun, wie dies viele glaubhaft machen wollen. Erstens sind wir nicht die Regierung, sondern wir sind die Volksvertretung und haben hier über die Zuteilung der Mittel zu diskutieren, und zweitens diskutieren wir über das Budget jedes Jahr, insbesondere auch für die Stiftung Pro Helvetia.

Wer hier der Pro Helvetia mehr geben will als der Ständerat, soll dies auch dem zahlenden Volk kundtun und erklären. Ich verlange hier darum eine namentliche Abstimmung.

Sie sollten hier klar sagen, ob wir solche unsinnigen Provokationen noch mit Steuergeldern unterstützen wollen. Pro Helvetia will dies ausdrücklich auch in Zukunft tun.

Es ist natürlich auch nicht so, dass nun viele Projekte gefährdet werden. Die langjährige Höhe des Budgets der Pro Helvetia, etwa im Zeitraum von 1999 bis 2003, betrug rund 30 Millionen Franken. Wir genehmigen mit dem Kürzungsbeschluss des Ständerates immer noch eine wesentlich höhere Summe als im vorherigen Rahmenkredit. Wir fordern die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, und dafür gibt es im Budget 2005 jetzt 33 Millionen Franken.

Die SVP-Fraktion bittet Sie, hier dem Ständerat zu folgen.

**Müller-Hemmi** Vreni (S, ZH): Wenn ein international renommierter Schweizer Künstler es mit einer Ausstellung in Paris schafft, im vom Landsgemeindebild von Albert Welti dominierten Ständeratssaal so viel Aufregung zu entfachen, sind wohl einige nüchterne Klarstellungen zum Verhältnis zwischen Politik und Kunst, zwischen Demokratie und Kunstzensur, angebracht.

Als SP-Kulturpolitikerin halte ich darum fest: Die Kunstfreiheit gehört zu den Grundrechten eines demokratischen Staatswesens. Deshalb ist auch in der schweizerischen Bundesverfassung in Artikel 21 festgehalten: "Die Freiheit der Kunst ist gewährleistet." Der liberale Staat kann aus der offenen Auseinandersetzung mit seinen kritischen, sensiblen und auch eigenwilligen Künstlerinnen und Künstlern und Intellektuellen nur gewinnen und niemals verlieren! Im letzten Jahrhundert provozierten unter anderen Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch wiederholt Teile der schweizerischen Gesellschaft. Beide wurden gleichzeitig mit öffentlichen Kulturförderpreisen geehrt. Das Centre Dürrenmatt in Neuchâtel ist heute geschätzter Bestandteil der Schweizerischen Landesbibliothek und des Schweizerischen Literaturarchivs. Aktuell regt Thomas Hirschi mit seiner Demokratiedurchleuchtung und -spiegelung auf und an. Statt emotional unreflektiert auf fahrlässig aus dem Zusammenhang gerissene hochgepuschte Medienberichte mit Ferndiagnose und Pro-Helvetia-Strafaktion zu reagieren, können wir heute die in Schiefelage geratene Politik wieder ins Lot bringen. Halten wir uns also an die garantierte Kunstfreiheit, und lassen wir die Finger von jeglichen Strafaktionen. Besinnen wir uns dafür auf unsere eigentlichen kulturpolitischen Aufgaben. Dazu gehört das neue Kulturförderungsgesetz und die Revision des Pro-Helvetia-Gesetzes. Hier ist die kulturpolitische Kompetenz des Parlamentes gefragt und nötig. Nachdem der neue BAK-Direktor bestimmt ist, müssen diese längst angekündigten Vorhaben nächstes Jahr endlich auf den Tisch kommen. Alle Kulturschaffenden, die in den letzten Tagen mit ihrer berechtigten Empörung an uns gelangt sind, lade ich ein: Engagiert euch mit gleicher Vehemenz, auch in der kommenden grossen Debatte um Ausrichtung und Stellenwert der Kulturförderpolitik unseres Landes!

Engagiert euch für eine unabhängige Pro Helvetia. Die SP-Fraktion steht hier beim Budget ein für eine verlässliche Kulturpolitik des Parlamentes. Sie steht zum Rahmenkredit 2004-2007,

bestätigt den Auftrag an die Pro Helvetia und sagt Ja zu diesen 34 Millionen Franken für nächstes Jahr.

Lehnen Sie mit uns die Minderheit Zuppiger und den Antrag Häberli ab.

Noch etwas: Im Namen der SP-Fraktion lade ich alle herzlich auf nächsten Mittwoch in den Käfigturm ein zur Diskussion mit Urs Widmer, zur Diskussion über das Verhältnis von Kultur und Politik.

**Weyeneth** Hermann (V, BE): Frau Müller-Hemmi, ich möchte Ihnen zwei Fragen stellen:

1. Sie haben von Demokratie oder Zensur gesprochen. Halten Sie dafür, dass jeder, der sich Künstler nennt, auch einer ist und deshalb Anspruch auf 180 000 Franken hat?

2. Sie haben von Empörung in Kulturkreisen gesprochen; wir sind ihr in vielen Mails und Schreiben begegnet. Haben Sie sich ebenso empört, als Sie hörten, dass sich ein Filmschaffender vor fünf Wochen erlaubt hat, die schweizerischen Filmschaffenden als Bundesangestellte zu titulieren, und man als Reaktion auf diese Aussage seinen Film als ersten Film vom Programm der Solothurner Filmtage gestrichen hat? Halten Sie dies für einen empörenden Vorgang? Ich sehe da Intoleranz auf der anderen Seite.

**Müller-Hemmi** Vreni (S, ZH): Herr Weyeneth, ich muss nicht immer mit allem einverstanden sein, was Künstlerinnen und Künstler sowie Intellektuelle hier in diesem Lande machen, schaffen, diskutieren wollen. Ich bin aber mit der Bundesverfassung einverstanden, die besagt: Es gibt eine Kunstfreiheit. Und die hat die Politik zu beachten. Thomas Hirschhorn ist einer der international renommiertesten Schweizer Künstler. (*Teilweise Heiterkeit*) Sie können darüber lachen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn alle, die darüber gelacht haben, nach Paris gingen, sich die Ausstellung anschauen und in die Diskussion einsteigen würden.

**Savary** Géraldine (S, VD): Au nom du groupe socialiste, je vous demande de suivre la proposition de la majorité de la commission.

Pris dans une tempête politico-médiatique, le Conseil des Etats a réagi sur un coup de tête en punissant Pro Helvetia d'avoir organisé l'exposition Thomas Hirschhorn. Ces représailles ne sont pas dignes de notre Parlement. Nous devons au contraire garantir le respect de notre Constitution et donc la liberté d'expression et de création. J'invite donc les parlementaires à dépasser ce mouvement d'humeur et à ne pas se comporter comme un enfant qui casse son jouet parce qu'il ne lui plaît pas.

Par ailleurs, ayant vu cette exposition, je peux vous assurer que le travail de Monsieur Hirschhorn ne déshonore - en aucun cas! - ni la démocratie suisse, ni le gouvernement, ni nos institutions. Thomas Hirschhorn s'interroge en artiste, avec un langage d'artiste, sur les événements politiques vécus par notre pays durant cette dernière année. On peut aimer ce langage ou le détester; on peut se sentir interpellé par ces questions ou au contraire s'ennuyer; on peut rester indifférent ou partager sa réflexion, mais en aucun cas on ne peut se sentir offensé par son travail.

Dépassons donc ce mouvement d'humeur; retrouvons notre calme; ne nous transformons pas en censeurs; faisons une vraie politique culturelle, correctement, avec le nouveau responsable qui vient d'être désigné, mais ne faisons pas de la politique culturelle pendant la discussion du budget et soutenons la proposition de la commission.

**Eggly** Jacques-Simon (RL, GE): Madame Savary, je vous rassure tout de suite: je suis d'accord avec vous et je voterai la proposition de la majorité de la commission et non celle du Conseil des Etats.

Ma question est la suivante: face à cet appel à la tolérance en matière culturelle de la part des milieux politiques, est-ce que vous êtes prête à lancer le même appel aux milieux culturels, notamment aux chapelles et aux responsables qui, parfois, ont un esprit extrêmement sectaire et qui considèrent que ce qui, à leurs yeux, est trop conformiste n'a pas droit de cité? Est-ce que vous êtes tolérante jusqu'au bout et dans les deux sens?

**Savary** Géraldine (S, VD): Je peux vous rassurer. Les milieux culturels sont rarement d'accord entre eux. Donc, dans ce cadre-là, il y a beaucoup de marge.

**Fattebert** Jean (V, VD): Oui, comme Madame Savary, je suis allé à Paris. J'ai vu, mais pas avec les mêmes lunettes. Selon mon Larousse, "art" égale "activité humaine spécifique faisant appel à certaines facultés sensorielles, esthétiques et intellectuelles". Cela n'a rien à voir avec ce qui nous est servi à Paris.

Le Centre culturel suisse de Paris se doit d'être une vitrine pour notre pays dans une grande capitale. L'arrivée devant le centre donne l'impression d'accéder à un endroit tout ce qu'il y a de plus douteux et sinistre. La croix suisse a pris l'aspect d'un sparadrap à se mettre sur la bouche. L'exposition elle-même fait penser à un local squatté par des illuminés. La prouesse technique ou artistique est totalement absente; l'innovation également. La contestation et le discrédit sur les autorités règnent en maîtres.

Cela se fait à un moment où toutes les institutions essaient de se faire connaître sous leur meilleur jour: de l'armée aux paysans en passant par les banques, les Eglises ou les entreprises, tous font un effort de promotion positive et utilisent parfois de vrais bons artistes pour cela. La Suisse doit faire la même chose. C'est dans cet esprit que je vote volontiers certains crédits. Mais dépenser l'argent des contribuables pour traîner le pays et ses autorités dans la boue, c'est stupide et malhonnête. Si Monsieur le conseiller fédéral Couchepin accepte sans broncher que les autorités soient traitées de cette manière, il se discrédite lui-même. Mais vous, chers collègues, vous devrez assumer votre vote devant la population.

Il ne s'agit pas de censurer, il s'agit de voter 33 millions de francs au lieu de 34 millions. Si ça ne tenait qu'à moi, j'aurais rétabli le million ôté par le Conseil des Etats, mais j'aurais supprimé les 33 autres millions! (*Brouhaha*) 3 pour cent en moins, c'est acceptable, c'est ridicule, c'est juste un avertissement qui incitera à revoir des privilèges automatiques liés à une société à deux vitesses version gauche. Il est trop facile d'invoquer la liberté de l'artiste. La liberté implique aussi la responsabilité.

Les crédits que nous votons en faveur de l'agriculture, des écoles, de la santé, de la sécurité ou de l'aide au développement sont liés à des mandats de prestations. Pro Helvetia ne respecte même pas la loi qui la régit puisque les artistes doivent être domiciliés en Suisse, ce qui n'est, sauf erreur, pas le cas de Monsieur Hirschhorn.

Même sans l'argent de nos impôts, on ne peut pas faire n'importe quoi, insulter n'importe qui. A plus forte raison avec l'argent du contribuable, il est indécent de se moquer à ce point de la collectivité. L'exposition de Paris est une insulte à notre pays, une insulte au contribuable, une insulte aux vrais artistes aussi. Nous avons dans notre pays de bons artistes en tout genre que l'on pourrait solliciter. Nous avons des choses belles et intelligentes à faire valoir.

Pro Helvetia est à l'évidence une structure faite de gens qui ont perdu le sens des réalités. Nous, parlementaires, avons le devoir de sanctionner et d'obliger Pro Helvetia à se restructurer, à revoir ses critères.

C'est dans ce sens que je vous engage à suivre les sages du Conseil des Etats et le groupe UDC.

**Leuenberger** Ueli (G, GE): Ma question s'adresse à notre collègue et critique d'art. Tout d'abord, je connais beaucoup de contribuables qui n'ont pas la même appréciation que vous concernant l'activité artistique. Ma question: quel doit être le profil d'un artiste pour qu'il ait le droit d'être soutenu par la Confédération ou par Pro Helvetia?

**Fattebert** Jean (V, VD): Merci de cette question, cher collègue. Je ne suis pas un artiste et mes compétences sont très limitées, donc mes critères de jugement correspondent à ce que je pourrais faire. Ce que je pourrais faire, c'est du mauvais art. Ce qui est beaucoup mieux, je l'apprécie, je l'admire. Mais l'exposition de Paris, j'aurais pu la faire facilement! (*Applaudissements partiels*)

**Le président** (Maitre Jean-Philippe, président): J'invite le public à la tribune à ne pas applaudir et je l'en remercie par avance.

**Ruey** Claude (RL, VD): Monsieur Fattebert, n'avez-vous pas l'impression, dans cette affaire, qu'au lieu de se situer un peu au-dessus de la polémique - ce qui serait le rôle d'un magistrat ou d'élus un peu détachés de ce qui serait l'agitation sentimentale - on se trouve dans une situation où on est en train, par ce million que l'on veut supprimer, d'infliger une sorte de puni-

tion collective à l'ensemble des artistes qui n'ont rien à voir avec cette exposition et qui pourraient se trouver mal pris par rapport à cette espèce de punition collective?

Que penseriez-vous, Monsieur Fattebert, d'un Conseil national ou d'un Conseil des Etats qui couperait 1 ou 10 millions de francs à l'agriculture, sous prétexte que certains agriculteurs ont, quelquefois, employé des travailleurs au noir? (*Hilarité*)

**Fattebert** Jean (V, VD): Vous parlez de gens "détachés", qui ont "décollé", moi j'ai encore les pieds sur terre! Je vous signale que je n'ai jamais eu de travailleurs au noir, mais au gris, ce qui signifie qu'ils étaient payés et que les charges sociales étaient absolument remplies. On pourrait entrer en matière si on enlevait 10 millions de francs à l'agriculture en diminuant les exigences à son égard; mais continuer à payer sans aucune exigence ces artistes, je ne suis pas d'accord!

**Sommaruga** Carlo (S, GE): Je crois que la richesse de la Suisse a été faite et est faite encore aujourd'hui de sa diversité, que ce soit sur le plan linguistique, religieuse ou quant à l'origine des personnes qui y vivent. Dans ce contexte, je pense que la force de la culture suisse passe aussi par sa diversité. Alors, je ne vous ai pas entendu sur cette notion-là, et je n'ai pas compris à ce stade quelle est la notion de la culture que vous souhaitez défendre aujourd'hui, pour une Suisse qui doit se tourner certes vers l'intérieur, mais aussi vers l'extérieur. Est-ce que vous pouvez nous donner quelques éléments ou une définition de cette culture que vous voulez défendre?

**Fattebert** Jean (V, VD): J'ai déjà répondu à notre collègue quant à ma conception de la culture. Je suis aussi d'accord qu'on doit présenter la culture à l'extérieur, mais on doit montrer une image qui soit quand même autre chose que ce qu'on voit à Paris, qui est dégradant pour les autorités et le pays; ça, je ne peux pas le tolérer!

**Rennwald** Jean-Claude (S, JU): Je vais peut-être vous étonner, Monsieur Fattebert, mais durant votre intervention de tout à l'heure, j'ai pensé aux événements de mai 1968; parce que, durant les événements de mai 1968, il y avait un slogan qu'on pouvait lire sur beaucoup de murs à Paris: "La culture, c'est comme la confiture: moins on en a, plus on l'étales!" Toute polémique mise à part, vous avez dit que cette exposition à Paris était une insulte aux vrais artistes. Alors, est-ce que vous pouvez me citer dix vrais artistes suisses?

**Fattebert** Jean (V, VD): Je pourrais vous les citer en privé. Mais, concernant la confiture qu'on étales, c'est vrai que j'ai une culture limitée. Je sais quand même qu'Anatole France avait dit: "En art comme en amour, c'est l'instinct qui compte." Et mon instinct me trompe rarement, Monsieur!

**Menétrey-Savary** Anne-Catherine (G, VD): Le critique d'art patenté ayant donné son verdict, j'en reviens à la politique. A nos yeux, cette affaire ne mérite pas tout le tapage orchestré autour d'elle. Elle ne mérite peut-être même pas la montée aux barricades de tout ce que ce pays compte d'artistes et de créateurs qui nous ont inondé de mails, comme s'il y avait le feu à la maison Helvétie. Cette avalanche a au moins eu le mérite de nous les faire connaître, et réciproquement - du moins j'espère réciproquement, car on a le sentiment que certains d'entre eux, jusqu'à hier, se souciaient fort peu de la politique et des politiciens! Cette affaire ne mérite donc pas tout ce tapage, et on se demande vraiment comment il se fait qu'une critique aussi sommaire et aussi simpliste de notre pays puisse provoquer autant d'émotion. Peut-être que ces réactions de vierge effarouchée montrent qu'un certain nombre d'entre nous ont perdu tout repère et toute confiance en leur valeur, peut-être même ont perdu tout sentiment de leur propre identité. Ils sont comme le petit roquet qui aboie très fort pour se donner l'air menaçant, alors qu'en réalité il ne montre que sa peur! Je veux bien croire, comme ceux qui l'ont vue le disent, que cette exposition n'est pas d'un très haut niveau et qu'elle n'a rien pour favoriser l'envol des esprits sur l'aile de l'émotion, de l'enthousiasme, peut-être même qu'elle ne suscite pas de plaisir. Mais elle est peut-être aussi à la mesure de certaines campagnes de votation qui s'appuient sur des affiches tout aussi

glauques et tout aussi nauséabondes. Eh bien, tout cela ne contribue pas à l'élévation de l'âme, et c'est dommage. Mais faut-il punir pour autant, alors que pour une fois, un artiste a réussi à faire bouger la Suisse et toutes ses têtes pensantes?

Ce qu'il y a de particulier dans cette affaire, c'est que ce sont les mêmes parlementaires qui, depuis des années, refusent les crédits à la culture au nom de la liberté de la création, qui aujourd'hui rognent le budget de Pro Helvetia au nom du politiquement correct. Voilà qui est pour le moins paradoxal, à moins qu'il ne s'agisse d'une stratégie délibérée pour couper définitivement les ailes aux créateurs, au plus grand profit, ou même au profit exclusif, des chorales de village!

On reste stupéfait de voir avec quelle légèreté certains manient les ciseaux pour coupacher un budget sans avoir la moindre idée des répercussions pratiques que cela peut avoir. On punit par susceptibilité et, en plus, on punit collectivement. C'est comme le prof vexé qui exerce des représailles sur toute la classe: ce genre de punition est inefficace et injuste. Ce cas est comme ce qui se passe dans d'autres domaines, dans le domaine pénal: la sanction est complètement déconnectée de la faute. Elle est donc un acte de pure vengeance, inefficace et dépourvue de sens; elle n'amènera aucun changement, sinon un peu plus d'autocensure.

Cette coupe de 1 million de francs dans le budget de Pro Helvetia est un acte sans grandeur. Même le président Bush n'a pas exercé de sanction à l'égard de Michael Moore pour son film! Et mieux, il a remporté l'élection!

Je vous encourage donc à montrer un peu plus de grandeur et à voter la proposition de la majorité: nous en ressortirons tous renforcés.

**Freysinger Oskar** (V, VS): Puisque cette exposition est d'ordre principalement politique, qu'un message politique est transmis contre la Suisse, la prison Abou Ghraib, etc., n'eût-il pas mieux valu, puisqu'il s'agit de déclencher un débat de société, faire cette exposition en Suisse, où nous aurions pu avoir ce débat entre nous, plutôt que d'aller la faire à Paris où on devrait quand même pouvoir attendre de Pro Helvetia - et pas "Contra Helvetiam" - qu'elle soit une vitrine qui induise les gens à avoir une image positive de la Suisse? Ce débat peut être mené à l'intérieur, entre nous, mais les Parisiens n'ont rien à voir si un chien fait pipi contre Monsieur Blocher.

**Menétrey-Savary Anne-Catherine** (G, VD): Les Parisiens, en ce moment, ont le choix entre deux expositions: il y en a une qui se trouve sur la place Vendôme et qui consacre les images cultes de la Suisse avec ses stations, son ski, ses montagnes et son chocolat, et puis, il y en a une autre qui donne vraiment une toute autre idée de la Suisse. Je ne trouve pas absolument déplorable que les Français puissent aussi s'apercevoir que chez nous, tout n'est pas que clichés et qu'il y a des gens qui remettent aussi en cause les "vertus" de la démocratie, des vertus que je considère comme tout à fait valables, mais qui sont parfois faussées et qui nécessitent un débat de société, comme vous le dites.

**Schmied Walter** (V, BE): Nous en sommes à discuter d'un budget qui est aussi lié à des exigences constitutionnelles, à savoir au frein aux dépenses, et on peine grandement à respecter les limites qui nous sont imposées. Alors, ne trouvez-vous pas qu'ici on est effectivement dans une phase où 1 million de francs en moins peut être toléré sachant qu'il y a 33 millions de francs qui reviennent à la culture? Est-ce que vous ne trouvez pas que cet argent attribué à la culture devrait revenir essentiellement aux artistes qui ont un talent et qui demandent à se faire connaître, et non pas aux artistes qui sont fortunés et qui ont une aura internationalement reconnue, semble-t-il?

**Menétrey-Savary Anne-Catherine** (G, VD): Là, Monsieur Schmied, vous faites de la petite cuisine! Quant à savoir quels sont les artistes qui ont un talent et ceux qui n'en ont pas, je ne me risquerais pas à faire ce choix. Si vous voulez vraiment faire un grand geste pour le budget, supprimez carrément tout l'argent qui va à la culture, et ainsi les choses seront claires!

**Marty Kälin** Barbara (S, ZH): Frau Menétrey-Savary, der Hund, der getroffen wird, jault bekanntlich am lautesten. Vielleicht kommt von daher dieses grosse Geschrei. Aber ist es nicht von vornherein falsch, Kunst durch die Politik zu definieren? Es gab in Europa ja bereits einmal eine Zeit, in der Kunst von der Politik als entartet bezeichnet und entsprechend auf den Scheiterhaufen geworfen wurde.

**Menétrey-Savary** Anne-Catherine (G, VD): C'est vrai, Madame Marty Kälin, que nous avons aussi entendu autrefois, dans des temps sinistres, quelqu'un dire: "Quand j'entends parler de culture, je sors mon revolver." Je crois que la culture a un sens aussi éminemment politique, mais je considère qu'elle doit élever la politique, élever le discours, élever le débat, élever la pensée, et nous donner de la motivation pour aller de l'avant. C'est dans ce sens-là que je trouve nécessaire que ce pays se préoccupe de culture.

**Abate** Fabio (RL, TI): A nome del gruppo radicale vi invito a mantenere la posizione della nostra Camera e a non allinearvi alla decisione del Consiglio degli Stati. Non è un provvedimento di ritorsione contabile a risolvere i problemi riconosciuti di Pro Helvetia. A tal proposito possiamo incaricare la Commissione della gestione di intraprendere passi formali e possiamo anche richiedere un rapporto al Consiglio federale, ma non possiamo adottare misure punitive che hanno il sapore dell'improvvisazione. Ne risulterebbero penalizzati giovani artisti ed ulteriori attività in modo acritico ed ingiustificato.

Il gruppo radicale sostiene la libertà artistica quale diritto fondamentale e si permette di ravvivare e sottolineare una differenza sostanziale tra la promozione dell'immagine della Svizzera all'estero e la promozione della cultura del nostro Paese. Noi parlamentari abbiamo il diritto di criticare, ma non abbiamo il diritto di assurgere a censori semplicemente perché decidiamo dei crediti dell'Ufficio federale della cultura. Lasciamo queste abitudini a colleghe e colleghi di altri Paesi. Oltretutto, chi ha voluto rendersi severo dinnanzi all'artista, a questa mostra, a Pro Helvetia e all'Ufficio federale della cultura ha regalato uno spot pubblicitario insperato, che mette a nudo le carenze di una decisione emozionale che, lasciatemelo dire, non appartiene alle abitudini di lavoro del Consiglio degli Stati.

Vi invito, così, a respingere la proposta di minoranza Pfister Teophil e la proposta Häberli. Attenzione: non siamo qui a decidere chi deve stare a capo di Pro Helvetia, ma siamo qui a decidere quale sarà il preventivo 2005 del nostro Paese!

**Hutter** Markus (RL, ZH): Gerade weil sich die FDP für Kulturfreiheit einsetzt, geht es hier um so etwas wie einen politischen Lackmustest. Toleranz ist eben, wenn man sich trotzdem für kulturelles Schaffen einsetzt - trotz Ärger, trotz Provokation, auch trotz Empörung. Immer wieder haben in der Geschichte Aussagen und Werke von Künstlerinnen und Künstlern hohe Wellen geworfen.

C'est à nous de prouver que la Suisse existe, même si quelques-uns d'entre nous pensent que la Suisse n'existe pas!

Einfach aufgrund einer Ausstellung, die man kritisch-provokativ oder aber geschmacklos finden kann, eine finanzielle Strafaktion durchzuführen, ist für uns wenig sinnvoll. Trotzdem hat diese aktuelle Situation für uns einen Systemablauf gezeigt. Es muss getrennt werden zwischen der Werbung für die Schweiz im Ausland und der Kulturförderung. Pro Helvetia will offenbar beides tun, und das ist weder möglich noch sinnvoll. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass man eben diese organisatorische Struktur überprüft, eben auch Pro Helvetia zum Beispiel in andere Organisationen - Präsenz Schweiz oder auch Schweiz Tourismus - mit einbezieht und hier zu besseren Lösungen, die weniger Aufsehen erzeugen, kommt.

Lassen wir unsere Künstler frei und ohne spontane Beeinflussung schaffen, und beweisen wir hier eine Liberalität, die unserem Parlament gut ansteht und für die wir kämpfen müssen, gerade auch, wenn es schmerzt! Ich bitte Sie, von dieser Kürzung abzusehen und über den eigenen Schatten zu springen.

**Huguenin** Marianne (-, VD): Il est somme toute assez hilarant, particulièrement pour nous, de voir le très vénérable Conseil des Etats se transformer en un tour de main en une instance digne des ex-pays de l'Est en pleine guerre froide! Il a suffi d'un petit brûlot lancé par la presse dominicale pour que parte, avec une prévisibilité atterrante, la fusée construite par un

journaliste qui est finalement le seul vainqueur absolu de ce psychodrame.

Chacun a le droit d'aimer ou non le style d'Hirschhorn. Chacun a le droit de préférer d'autres formes de culture. Jean-Paul Sartre compassant le tombeau de Chateaubriand à Saint-Malo eût pu, à mon avis, s'abstenir. Et je ne comparerai pas le style de l'artiste discuté du centre Poussepin à Frisch ou à Dürrenmatt. Eux faisaient et font toujours réfléchir, alors qu'Hirschhorn fait d'abord réagir, pour reprendre l'expression de Christophe Gallaz dans le journal "Le Matin".

Mais le drame est qu'il a trouvé en face de lui des gens qui ont effectivement réagi plutôt que de réfléchir, qui ont réagi en oubliant simplement que ce n'est pas leur avis culturel qui est important, mais bien leur fonction. Et que celle-ci implique un minimum de recul, sous peine de tomber dans une politique culturelle aux bottes du pouvoir, cette confusion dans laquelle nage en plein bonheur notre collègue Fattebert, et c'est cela qui est inquiétant. Si ça ne tenait qu'à lui, dit-il: grâce à Dieu, et je pèse mes mots, ça ne tient pas qu'à lui!

Le plus intéressant, dans tout cela, c'est finalement ce que nous dit cet épisode sur ce qui secoue ce pays. Et cela, Hirschhorn l'a senti: c'est la crise de la démocratie telle que nous la vivons, la crise d'un système de gouvernement basé sur le consensus et qui voit coexister au gouvernement deux partis comme l'UDC et le PS, au risque de perdre tout repère, système qui n'a pas d'égal dans les pays environnants. La crise d'un système qui multiplie les consultations populaires éclatées, disparates, noyant les enjeux politiques sous des aspects techniques, envahissant le champ du débat au détriment des grandes lignes de force. Ce débat-là parcourt actuellement toute la société suisse civile, culturelle et politique. Menons-le en tant que politiques et laissons les artistes le mener à leur façon.

Nous soutenons, bien entendu, la proposition de la majorité.

**Häberli-Koller** Brigitte (C, TG): Ich begründe meinen Antrag, den Sie vor sich haben, wie folgt: Der gekürzte Betrag soll bei der Denkmalpflege eingesetzt werden, da hier die Kantone und Gemeinden grossen Bedarf haben und wir in letzter Zeit diesen Posten kürzen mussten. Das Geld bleibt so innerhalb des Bundesamtes für Kultur. Wie ich gehört haben, wäre die Gelegenheit äusserst günstig: Im Tessin wird ein Centre culturel geplant, wo auch die Denkmalpflege gefördert sein wird. Es wäre eine gute Gelegenheit, diese Million dort sinnvoller einzusetzen.

Kunsthfreiheit hat Grenzen. Anstand, Respekt und Würde sind zu wahren. Ich war selber nicht in Paris an dieser Ausstellung. Doch haben mich letzte Woche die Bilder, die in den Medien gezeigt wurden, aufgerüttelt. Wir sprechen hier in verschiedenen Gesetzesberatungen immer wieder über die Würde, über die Würde des Menschen, aber auch über die Würde der Tiere; und das ist gut so. Ich denke, hier hat man eine Grenze überschritten, was wir nicht einfach so hinnehmen dürfen. Es geht immerhin darum: Was unterstützen wir über die Pro Helvetia mit unseren Bundesgeldern? Hier haben wir auch eine Verantwortung wahrzunehmen. Anstand und Respekt vor dem Mitmenschen wurden verletzt. Ich denke, die Kürzung von einer Million Franken, von 34 auf 33 Millionen, die ich Ihnen beantrage, soll Pro Helvetia auch als Zeichen dienen, in Zukunft bei der Verwendung der Gelder die Argumente, die ich genannt habe, in Betracht zu ziehen.

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen.

**Simoneschi-Cortesi** Chiara (C, TI): Parlerò nella mia lingua, l'italiano. Sostengo la proposta Häberli, anche a nome della maggioranza del gruppo PPD. Non si tratta qui di votare contro la cultura; non siamo contro la cultura, ci mancherebbe! Tant'è vero che l'anno scorso abbiamo aumentato i crediti di Pro Helvetia malgrado questa fondazione fosse male condotta, male gestita. Tanti artisti, piccoli artisti, non ricevono niente.

Noi crediamo piuttosto di fare un gesto simbolico, di togliere questo milione alla Pro Helvetia ma di lasciarlo nell'Ufficio federale della cultura, a disposizione di altri artisti o di altre sezioni che hanno dovuto tirare la cinghia e non hanno dei soldi.

Non si tratta di censura, caro collega Abate, smettiamola di mettere delle etichette sulla fronte della gente! Io non sono mica di destra, però ho il diritto di dire che così non va, non si può andare avanti in questo modo.

Noi sappiamo che tutti gli artisti sono importanti e hanno la loro libertà. Però, anche se questo signore di cui mi sfugge il nome fosse un novello Michelangelo, anche se fosse un Michelangelo svizzero, dovrebbe rispettare i diritti delle persone. È andato troppo in là; non ha rispettato le persone e neanche le istituzioni. E se non si rispettano più né le persone né le istituzioni,

mi domando che cultura può essere.

Dunque vi prego di sostenere la proposta Häberli, tanto più che anche noi siamo molto razionali e abbiamo chiesto con un postulato di analizzare bene come vengono distribuiti i soldi nell'Ufficio federale della cultura, ma anche nella Pro Helvetia, e chiediamo anche una valutazione dell'agire del Centro svizzero di Parigi.

**Recordon** Luc (G, VD): Cara Collega Simoneschi, est-ce que vous ne trouvez pas que la proposition Häberli-Koller, que vous avez dit soutenir, en plus de reprendre la censure la plus brutale que contient la décision du Conseil des Etats, a encore le défaut de l'hypocrisie parce qu'on jette sur elle le manteau de Noé en proposant de reporter cet argent ailleurs, alors qu'en réalité on frappe quand même ceux que l'on a voulu censurer?

**Simoneschi-Cortesi** Chiara (C, TI): Je pense, premièrement, que c'est un geste symbolique de mécontentement. Nous ne sommes pas contents parce que, sous le grand nom de "culture" et d'"artiste", on manque de respect à l'égard des personnes et des institutions. Donc, nous ne sommes pas d'accord et ce n'est pas une censure. Deuxièmement, ce n'est pas de l'hypocrisie: nous ne sommes pas d'accord de donner l'argent ailleurs, nous sommes d'accord de le laisser en faveur de l'Office fédéral de la culture où on peut aider beaucoup d'associations et de petits théâtres qui ont malheureusement été délaissés, dernièrement, à cause de la mauvaise gestion de Pro Helvetia. Moi, j'ai vu des femmes qui voulaient par exemple montrer un spectacle très intéressant sur la violence contre les femmes: elles n'ont rien reçu, et j'ai dû m'adresser au Département fédéral des affaires étrangères.

**Wäfler** Markus (E, ZH): Ich spreche für die Mehrheit unserer Fraktion. Wir bekennen uns klar zu den verfassungsmässigen Grundrechten, zur Freiheit der Kunst und auch zur freien Meinungsäusserung. Wir sind grundsätzlich gegen staatliche Zensur der Kunst und auch der freien Meinungsäusserung. Staatlich unterstützte Kulturinstitutionen dürfen und sollen gegenüber Staat, Gesellschaft und deren Repräsentanten kritisch sein. Aber dabei sind Grundregeln des Anstands zu wahren. Aus unserer Sicht ist es in diesem Fall gerechtfertigt, diese symbolische Kürzung vorzunehmen, als Zeichen, dass minimale Anstandsregeln auch im kulturellen Schaffen auch gegenüber unseren staatlichen, demokratischen und kulturellen Institutionen und deren Repräsentanten zu respektieren sind. Sie sind dies insbesondere auch dann, wenn solche Institutionen staatlich finanziert sind.

Wir bitten Sie deshalb, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

**Merz** Hans-Rudolf, Bundesrat: Es fällt mir schwer, am Ende dieser kulturpolitischen Debatte jetzt wieder mit dem Abakus, dem Zählrahmen, einfahren zu müssen. Aber wir müssen jetzt letztlich eine Budgetentscheidung treffen. Ich versuche, in wenigen Worten den Zusammenhang dieses Themas mit der Kulturpolitik zu erklären. Das Bundesamt für Kultur ist von den Kürzungen im Entlastungsprogramm 2003 wie alle Ämter nicht ausgenommen worden. Es muss nämlich derzeit im Vergleich zu vorher mit weniger Mitteln in der Höhe von 7 Millionen Franken auskommen. Das Bundesamt für Kultur hat unter anderem die Stiftung Pro Helvetia zu führen, zu betreuen und zu finanzieren. Die Finanzierung geschieht über einen mehrjährigen Zahlungsrahmen, der 137 Millionen Franken beträgt. Nun hat man für dieses Budget 34 Millionen Franken eingestellt. Das entspricht genau dem Zahlungskredit im Rahmen dieses Zahlungsrahmens. Das Bundesamt für Kultur hat sich sehr genau überlegt, mit welchen Prioritäten man diesen Betrag, der notabene um mehr als 1 Million Franken tiefer ist als noch im Jahr 2003, verwenden will. Gemäss dieser Priorisierungen hat man die verschiedenen Projekte genehmigt und sie jetzt auch in Aussicht gestellt. Das Thema, worüber Sie jetzt vorwiegend gesprochen haben, hat mit dem Budget für das nächste Jahr nichts zu tun, denn die Ausstellung findet jetzt statt. Für das nächste Jahr beantragt Ihnen der Bundesrat in Übereinstimmung mit dem Bundesamt für Kultur, diese Summe von 34 Millionen Franken zu sprechen. Ich ersuche Sie, an diesem Betrag festzuhalten. Das Bundesamt für Kultur - und insbesondere auch die Pro Helvetia - erstattet jedes Jahr Bericht über seine Tätigkeit, welche es in ganz verschiedenen Förderbereichen ausübt. Im Rahmen dieser Berichterstattung können sich Möglichkeiten für kulturpolitische Debatten und

allenfalls für Vertiefungen solcher Themen ergeben. Aber hier müssen wir budgetieren. Ich ersuche Sie, den Prioritäten des Bundesamtes für Kultur und des Bundesrates zu folgen; ich ersuche Sie, den beantragten Kredit zu sprechen und auf die Kürzung, die der Ständerat in Aussicht genommen hat, zu verzichten.

**Rey** Jean-Noël (S, VS), pour la commission: En Commission des finances, c'est par 15 voix contre 7 que la décision a été prise de maintenir le crédit à la Fondation Pro Helvetia, à hauteur de 34 millions de francs, selon le projet du Conseil fédéral.

Il faut savoir que le budget 2005 prévoit déjà une réduction du budget de Pro Helvetia de l'ordre de 737 000 francs. Donc le budget de la Fondation Pro Helvetia a déjà subi des coupures. Je vous rappelle que nous sommes ici dans la deuxième lecture. Notre conseil avait voté sans coup férir lors de la première lecture les 34 millions de francs à la Fondation Pro Helvetia.

La discussion a été déclenchée par des reportages de journaux de boulevard sur l'exposition Hirschhorn à Paris. Je pense que le Parlement ne doit pas prendre ses décisions sous le coup de l'émotion et sans dossiers sérieux. Un parlement, lorsqu'il traite du budget, doit décider sur la base de dossiers; or, ces dossiers n'existent pas dans ce cas. Ils existent par ailleurs dans le budget, mais pas pour soutenir la proposition de minorité.

Le Parlement n'a pas à se prononcer sur le contenu esthétique de l'une ou l'autre exposition. Notre conseil doit se prononcer sur le budget de la Fondation Pro Helvetia, qui est une fondation de droit public de la Confédération et qui fonctionne de façon autonome. En tant que telle, cette fondation est placée sous la surveillance du Département fédéral de l'intérieur et sous la haute surveillance du Conseil fédéral, mais elle possède, dans les limites des dispositions légales, sa liberté d'action. Par contre, le Département fédéral de l'intérieur contrôle, entre autres, que la fondation emploie bien ces ressources conformément à son but statutaire. La majorité de la Commission des finances a estimé que ce dispositif était suffisant.

Je rappelle également que Pro Helvetia fait l'objet d'un rapport annuel et que par conséquent, chacun et chacune d'entre nous peut se prononcer et faire ses critiques sur la base dudit rapport. Par ailleurs, je rappelle que nous avons donné mandat au Conseil fédéral d'examiner les moyens de coordonner les efforts qui relèvent du domaine de la promotion de l'image de la Suisse, y compris des crédits de Pro Helvetia. Par conséquent, cet examen critique aura lieu; mais aujourd'hui, il s'agit de se prononcer sur le budget de la fondation Pro Helvetia et la majorité de la Commission des finances de notre conseil vous propose de soutenir le projet du Conseil fédéral.

En ce qui concerne la proposition Häberli-Koller, elle n'a pas été examinée en commission, mais je tiens, à titre personnel, à m'étonner de sa formulation; car si on lit cette proposition, on ne sait pas si la députée souhaite maintenir le budget à 34 millions de francs ou le réduire à 33 millions de francs. Dans la proposition, on parle bien de 33 millions de francs, mais dans le développement, on indique qu'on souhaite maintenir le million de francs retiré à Pro Helvetia pour servir à la conservation des monuments historiques.

Chers collègues, si vous votez cette proposition, c'est bien 33 millions de francs que vous voterez et par conséquent, le million de francs manquera à Pro Helvetia et également à la conservation des monuments historiques.

A titre personnel, je vous invite à rejeter la proposition Häberli-Koller.

**Widmer** Hans (S, LU): Nachdem im Ständerat ein ehemaliger WBK-Präsident und hier auch der jetzige WBK-Präsident in sehr prominenter Stellung diese Kürzung unterstützen, fühle ich mich als ehemaliger WBK-Präsident veranlasst, Folgendes zu sagen: Herr Fattebert, wir können dieses Ansinnen, die Ablehnung der Kürzung, vor dem Volk durchaus verantworten. Sie haben uns nämlich gefragt, ob wir das verantworten können. Natürlich können wir das verantworten! Wir sind sehr froh, dass Sie eine namentliche Abstimmung verlangt haben. Denn wir denken im Sinne von Dürrenmatt, dass die Stärke der Demokratie sich daran zeigt, wie sie ihre Kritiker aufnimmt. Deswegen stimmen wir mit Überzeugung für die Beibehaltung dieses Betrages.

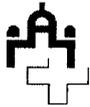
*Erste Abstimmung - Premier vote*

Für den Antrag der Minderheit .... 82 Stimmen

Für den Antrag Häberli-Koller .... 30 Stimmen

*Zweite Abstimmung - Deuxième vote*  
(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 04.047/1642)  
Für den Antrag der Mehrheit .... 97 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit .... 85 Stimmen

**Le président** (Maitre Jean-Philippe, président): Vous avez donc choisi de maintenir votre décision. (*Applaudissements partiels*)


**Geschäft / Objet:**  
 Voranschlag 2005

Budget 2005

**Gegenstand / Objet du vote:**

3600.001 Fondation Pro Helvetia

**Abstimmung vom / Vote du:** 13.12.2004 16:16:02

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	=	E	ZH
Allemann	+	S	BE
Amstutz	=	V	BE
Baader Caspar	=	V	BL
Bader Elvira	=	C	SO
Banga	+	S	SO
Baumann Alexander	=	V	TG
Bäumle	+	-	ZH
Beck	o	R	VD
Berberat	+	S	NE
Bezzola	=	R	GR
Bigger	=	V	SG
Bignasca Attilio	*	V	TI
Binder	=	V	ZH
Borer	=	V	SO
Bortoluzzi	=	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	=	C	LU
Brunner Toni	=	V	SG
Brunschwig Graf	*	R	GE
Büchler	=	C	SG
Bugnon	=	V	VD
Bühlmann	+	G	LU
Bührer	=	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Cathomas	+	C	GR
Cavalli	+	S	TI
Chevrier	+	C	VS
Christen	*	R	VD
Cina	=	C	VS
Cuche	+	G	NE
Daguet	+	S	BE
Darbellay	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	=	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	=	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obrist	+	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	*	R	NW
Fasel	+	G	FR
Fässler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	=	V	VD
Favre	o	R	VD
Fehr Hans	*	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH
Fehr Mario	+	S	ZH

Fluri	+	R	SO
Föhn	=	V	SZ
Freysinger	o	V	VS
Frösch	+	G	BE
Gadient	=	V	GR
Gallade	*	S	ZH
Garbani	+	S	NE
Genner	+	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	=	V	AG
Glasson	o	R	FR
Glur	=	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf	+	G	BL
Gross Andreas	+	S	ZH
Gross Jost	+	S	TG
Guisan	+	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gyr	*	S	SZ
Gysin Hans Rudolf	=	R	BL
Gysin Remo	+	S	BS
Häberli	=	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	=	V	BE
Hämmerle	+	S	GR
Hassler	=	V	GR
Hegetschweiler	=	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	=	-	BE
Hochreutener	=	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Hollenstein	+	G	SG
Huber	+	R	UR
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	+	-	VD
Humbel Näf	+	C	AG
Hutter Jasmin	=	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	=	C	OW
Ineichen	*	R	LU
Janiak	*	S	BL
Jermann	=	C	BL
Joder	=	V	BE
Jutzet	+	S	FR
Kaufmann	=	V	ZH
Keller Robert	=	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE
Kleiner	+	R	AR
Kohler	+	C	JU

Kunz	=	V	LU
Lang	+	G	ZG
Laubacher	=	V	LU
Leu	=	C	LU
Leuenberger Genève	+	G	GE
Leutenegger Filippo	+	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leuthard	=	C	AG
Levrat	+	S	FR
Loepfe	=	C	AI
Lustenberger	=	C	LU
Maitre	#	C	GE
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kälin	+	S	ZH
Mathys	=	V	AG
Maurer	=	V	ZH
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	*	C	SG
Menétrey-Savary	+	G	VD
Messmer	=	R	TG
Meyer Thérèse	+	C	FR
Miesch	=	V	BL
Mörgeli	=	V	ZH
Müller Geri	+	G	AG
Müller Philipp	=	R	AG
Müller Walter	=	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Müri	=	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	+	R	ZH
Oehri	=	V	BE
Pagan	=	V	GE
Parmelin	=	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	=	V	NE
Pfister Gerhard	=	C	ZG
Pfister Theophil	=	V	SG
Randegger	+	R	BS
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	+	G	VD
Rennwald	+	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	=	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	=	V	FR
Robbiani	o	C	TI
Rossini	+	S	VS

Roth-Bernasconi	+	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	=	V	ZH
Sadis	+	R	TI
Salvi	+	S	VD
Savary	+	S	VD
Schenk	=	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	=	V	ZG
Schibli	=	V	ZH
Schlüer	=	V	ZH
Schmied Walter	=	V	BE
Schneider	o	R	BE
Schwander	=	V	SZ
Siegrist	=	V	AG
Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Speck	=	V	AG
Spuhler	=	V	TG
Stahl	=	V	ZH
Stamm Luzi	=	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	+	S	BE
Studer Heiner	+	E	AG
Stump	+	S	AG
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	=	R	LU
Triponoz	=	R	BE
Vanek	+	-	GE
Vaudroz René	o	R	VD
Veillon	=	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	+	G	ZH
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	=	E	BE
Wäfler	=	E	ZH
Walker Félix	=	C	SG
Walter Hansjörg	=	V	TG
Wandfluh	=	V	BE
Wasserfallen	=	R	BE
Wehrli	=	C	SZ
Weigelt	=	R	SG
Weyeneth	=	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	=	V	SO
Wyss Ursula	+	S	BE
Zapfl	+	C	ZH
Zisyadis	+	-	VD
Zuppiger	=	V	ZH

**Ergebnisse / Résultats:**

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	9	14	20	49	1	0	4	97
nein / non / no	16	0	11	0	4	53	1	85
enth. / abst. / ast.	1	0	5	0	0	1	0	7
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	0	0	0	0	0
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	1	0	4	3	0	2	0	10

+ ja / oui / si  
 = nein / non / no  
 o enth. / abst. / ast.  
 % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4  
 excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4  
 \* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato  
 # Der Präsident stimmt nicht  
 Le président ne prend pas part aux votes

Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la majorité  
 Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la minorité Pfister Theophil

04.047

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005**  
**Budget de la Confédération 2005**

*Differenzen - Divergences*

**Departement des Innern - Département de l'intérieur**

306 Bundesamt für Kultur  
306 Office fédéral de la culture

*Antrag der Mehrheit*

3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag der Minderheit*

(Jenny, Lombardi)  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Festhalten

*Proposition de la majorité*

3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Jenny, Lombardi)  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Maintenir

**Lauri** Hans (V, BE), für die Kommission: Ihre Kommission gab sich hier Rechenschaft über die auch aus ihrer Sicht sehr problematische Ausstellung, die gegenwärtig in Paris stattfindet. Die Kommission hat ausgeführt, dass sie sich mit dieser Art von Kunst nicht identifizieren kann. Aus ihrer Sicht hat der Ständerat mit der Kürzung letzte Woche bei der Beratung des Voranschlags 2005 ein notwendiges Zeichen gesetzt und zum Nachdenken angeregt über den Auftrag, der von Pro Helvetia zu erfüllen ist. Die Kommission hat festgestellt, dass es bei diesem Entscheid des Ständerates in keiner Art und Weise um eine Zensur gegenüber der Kunst ging, sondern um die Frage des Einsatzes von öffentlichen Geldern, von Steuergeldern, zugunsten der Kunst. Die letzte Woche lancierte Diskussion ist weiterzuführen, aus unserer Sicht in erster Linie im Rahmen der WBK, allenfalls der GPK. Sie ist anschliessend bei Bedarf wieder in das Plenum des Ständerates und allenfalls des Nationalrates zu bringen. Wir haben festgestellt, dass Pro Helvetia jedes Jahr Bericht erstattet und dass das eine ausgezeichnete Gelegenheit sein könnte, um die begonnene Diskussion zu vertiefen. Wir sind aber der Auffassung, dass die Diskussion rund um das Budget nicht den geeigneten Ort darstellt, um in dieser sehr differenzierten Materie eine breite Diskussion zu führen, und zwar schon deshalb nicht, weil dazu jetzt einfach die nötige Zeit fehlt. Das gesagt, heisst nicht, dass wir nicht der Auffassung seien, dass wir aufgrund unserer Budgethoheit hier selbstverständlich Kürzungen vornehmen könnten, so man dies wollte. Schliesslich stellte die Kommission auch fest, dass die Ausstellung jetzt stattfindet. Sie wird durch Beiträge des Bundes aus dem Haushalt 2004 finanziert. So gesehen besteht kein direkter sachlicher, inhaltlicher Zusammenhang mit dem Haushalt 2005, und eine Kürzung würde jetzt in Bezug auf diese Ausstellung nichts mehr ändern, sondern damit würden Pro Helvetia

und somit andere Künstler in der Zukunft getroffen.

Deshalb beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, sich für die Lösung des Bundesrates zu entscheiden und auf diese letzte Woche vorgenommene Kürzung von einer Million Franken zu verzichten.

**Jenny This** (V, GL): Ich möchte Ihnen beantragen, an dieser Kürzung festzuhalten. Das Hauptargument, das gegen diese Kürzung vorgebracht wird, ist offenbar, dass wir ja von der Kunst nicht sehr viel verstünden, gewissermassen Kulturbanausen seien. Das mag auf mich zutreffen, aber ich nehme an, auf die Mehrheit dieses Rates eben nicht. Es stellt aber auch unsere Budgethoheit infrage. Wir beschliessen jährlich viele - sehr viele - Ausgaben, die nicht zu unserer Kernkompetenz gehören. Wenn wir nur noch über die Aufgaben sprechen dürften, bei denen wir wirklich über Kompetenz verfügen, dann hätten wir relativ kurze Budgetsitzungen.

Nun hat Herr Hirschhorn der nach Information lechzenden Öffentlichkeit mitteilen lassen, dass er in der Schweiz nicht mehr ausstellen werde, solange Bundesrat Blocher im Bundesrat verbleibe. Wir müssen uns also darauf einstellen, die nächsten 25 Jahre auf diese Ausstellungen verzichten zu müssen. (*Heiterkeit*)

Ob wir diesem Drama mit einer nachträglichen Aufstockung Einhalt gebieten können, wage ich zu bezweifeln. Ich habe trotzdem keine Bedenken bezüglich dieser dreiprozentigen Kürzung. Was sind drei Prozent? Stellen Sie sich das vor! Für viele in diesem Land ist es existenziell, was an Lohnerhöhung nicht ausbezahlt wird. Hier kürzen wir um drei Prozent, und es geht ein Aufschrei, ein Aufschrei der Entrüstung, durch die Bevölkerung.

Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht. Aber ich habe gelernt, dass man auf Entscheide nur zurückkommen sollte, wenn sich etwas Grundlegendes geändert hat. Hier hat sich gar nichts geändert - überhaupt nichts. Ich wusste, wieso ich das letzte Mal dieser Kürzung, beantragt von Kollege Bieri, zustimmte. Gut, es sind in der Zwischenzeit einige Drohungen ausgesprochen worden. Die Medien haben sich in einem Masse geäussert, das mir bis jetzt unbekannt war. Die Bevölkerung hat ebenfalls an dieser Diskussion teilgenommen. Wenn es Schule macht, dass mit Repressalien und gewissen Drohungen unsere Entscheide rückgängig gemacht werden, dann gehen wir in diesem Rat hehren Zeiten entgegen.

Nun wird angeführt - vielleicht zu Recht -, diese Angelegenheit müsse man aufarbeiten. Dieses Zeichen ist jetzt zu setzen. Vielleicht sind die Mittel, die wir verwenden, problematisch. Aber auch das macht nichts. Die Kultur geht nicht ein wegen dieser Million.

Ich möchte Sie doch bitten, an diesem Entscheid, den wir in Kenntnis sämtlicher Fakten gefällt haben, festzuhalten.

**Langenberger** Christiane (RL, VD): Dans le cadre de notre premier débat, j'avais manifesté ma mauvaise humeur concernant cette exposition et j'avais demandé une coupe symbolique de 80 000 francs. Ceci pas seulement dans le cadre de ce que j'estimais être une insulte faite à un conseiller fédéral, mais surtout par rapport à l'amalgame qu'on avait fait entre une image de torture et les drapeaux des cantons primitifs, par rapport à cette histoire d'urne, etc. Je me suis en fait exprimée sur mon goût, sur ma perception de la culture, et je crois que cette perception, effectivement, n'a pas à se manifester dans un examen de budget. Je pense que ce que nous exprimons au sujet de notre goût et de notre perception est très "limite" et est une forme de censure. Parallèlement, et je l'ai dit au début de cette discussion, j'estime que les artistes doivent pouvoir profiter, surtout dans notre pays, d'une liberté d'expression et aussi de pouvoir jouer au fou du roi.

Pour moi, le débat a eu lieu. Je trouve que nous avons déjà fait trop d'honneur à cet artiste. Je crois aussi que ce qu'a dit le président de la Commission des finances est juste: nous parlons ici du budget futur; Pro Helvetia a déjà subi des coupes, comme d'autres institutions; là, nous intervenons dans le budget futur et nous risquons de toucher d'autres artistes que celui dont il est question aujourd'hui.

Par ma part, en tant que présidente de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture, je précise que nous avons décidé, avant même que ce débat ait eu lieu, d'avoir un débat et de reprendre cette discussion, d'analyser le fonctionnement, la mission de Pro Helvetia, en même temps que la répartition des tâches entre d'autres organisations qui doivent être la vitrine de notre pays en quelque sorte: Présence Suisse, Suisse Tourisme, etc. C'est un débat que nous allons mener, et ce sera dans le cadre de ce débat que l'activité, les actions et le rôle de Pro Helvetia seront jugés. Je ne crois pas que ce soit le lieu, dans le cadre du bud-

get, de le faire.

Je vous demande dès lors de suivre la majorité.

**Schmid-Sutter** Carlo (C, AI): Ich war an der denkwürdigen Entscheidung, die Sie da getroffen haben, leider nicht beteiligt. Ich kann daher unbefangen auf die Geschichte zurückschauen. Ich muss Ihnen sagen: Was ich da gelesen habe, hat mir mehr zu denken gegeben als das, was Sie getan haben. In einer völlig unverhältnismässigen Art und Weise ist dieser Rat gescholten worden. Wenn solches passiert, gehe ich gerne hin und überlege mir, ob diese Schelte aus grundsätzlichen Erwägungen vorgebracht worden ist oder ob, wenn man die Geschichte modulierte, etwas anderes herausgekommen wäre - ob die Empörung echt oder gespielt ist. Stellen Sie sich vor, das Bild von Frau Calmy-Rey wäre in Paris so behandelt worden wie jenes von Herrn Blocher. Ich glaube, ich muss nicht weiterfahren, um Ihnen zu sagen, wo die Kunstfreiheit aufhört und die Persönlichkeitsverletzung beginnt. Diese Frage müssen sich alle jene wirklich ernsthaft stellen, die da jetzt im Brustton der Überzeugung philosophische Gedanken über die Grenze zwischen Kunstfreiheit und persönlicher Freiheit einerseits und der Wahrung der Menschenwürde andererseits geäussert haben.

Wir sind aber auch von Bundesräten gescholten worden. Dazu muss ich einfach sagen, dass es im Bundesrat offenbar Leute gibt, die glauben, es sei Kultur, wenn man andere Bundesräte anpinkelt. Das halte ich für keine gute Kulturpolitik, namentlich dann nicht, wenn diese Haltung vom Kulturminister selber vertreten wird.

Es ist eine absolut überzogene Diskussion, selbst wenn ein Herr Hohler mit einem Transparent mit Artikel 21 der Bundesverfassung kommt: "Die Freiheit der Kunst ist gewährleistet." Ja, wo sind wir denn? Wer solche Sprüche klopft, wenn man 1 Million Franken streicht, der hat ja keine Ahnung, was Freiheit tatsächlich ist, wie die Freiheit an anderen Orten tatsächlich beschränkt wird. Abgesehen davon: Es ist kein Jota wahr an der Behauptung, dass man mit einer solchen Entscheidung die Kunstfreiheit beschnitten hätte. Es geht um die simple Frage, ob wir wirklich verpflichtet sind, alles zu bezahlen, was andere mit unserem Geld tun wollen. So einfach ist es. Wenn man von den kleinen Sottisen und von den Einzelheiten absieht, meine ich: Die Fotografie von Abu Ghraib in einen Zusammenhang mit der schweizerischen Demokratie zu stellen - das ist etwas, was mit meinen Steuergeldern nicht finanziert werden sollte.

Diese Freiheit behalte ich mir heute vor. Ich bin deshalb für die Minderheit.

**Fetz** Anita (S, BS): Ich habe letzte Woche in diesem Rat zu etwas mehr Gelassenheit aufgerufen. Denn ich habe schon damals gewusst, was passiert, wenn sich ein Parlament durch eine Ausstellung so provozieren lässt; das ist sonnenklar: Es ist die beste Werbung für den Künstler. Ich habe Ihnen letzte Woche auch gesagt: Auch wenn ich mich für die Kulturfreiheit einsetze - meinem persönlichen Geschmack entspricht dieses Kunstwerk, das ich übrigens nur in den Medien gesehen habe, nicht. This Jenny, in diesem Sinne bin vermutlich auch ein Kulturbanause. Aber das kratzt mich nicht. Entscheidend ist nicht, ob mir persönlich ein Kunstwerk gefällt, denn über Geschmack lässt sich bekanntlich streiten, sondern entscheidend ist, dass man die Verhältnismässigkeit wahrt. Ich würde Ihnen vorschlagen, hier wieder zu ein bisschen mehr Gelassenheit zu finden.

Der Nationalrat hat das ja auch gemacht. Er hat Augenmass bewiesen. Die Diskussion ist gelaufen. Wir wissen eigentlich, dass in unserer Bundesverfassung die Freiheit der Kunst garantiert ist. Ich ärgere mich manchmal auch über Kunstwerke, die öffentlich finanziert werden, aber das ist kein Grund, um Strafaktionen zu machen. Ich möchte die Worte unseres Kommissionspräsidenten aufnehmen und sagen: Das ist eigentlich eine Aufgabe, die in Ihrer Kulturkommission diskutiert werden muss. Und das wird Ihre Kulturkommission machen; ihre Präsidentin hat es gesagt. Kollege Bieri möchte ich daran erinnern, dass er gesagt hat, ein Schuss vor den Bug gehöre sich einmal. Ich würde sagen, dass dieser Schuss jetzt abgefeuert worden ist, man kann die Schlachtaufstellung wieder abbrechen, zur Tagesordnung übergehen und sagen: Die Auseinandersetzung war gut, aber jetzt brauchen wir diese Strafaktion nicht mehr. Insbesondere trifft sie ja gar nicht jenen, den Sie treffen wollen, sondern es ist eine grundsätzliche Kulturdebatte entstanden, die eigentlich gar nicht an diesen Ort, in die Budgetdebatte, sondern in die Kulturkommission gehört.

In diesem Sinne bitte ich Sie, relativ gelassen der Fassung Ihrer Mehrheit zuzustimmen. (*Zwischenruf Jenny This: Ihrer Minderheit zuzustimmen!*) (*Heiterkeit*) Dann diskutieren wir draussen über den Geschmack von Kulturbanausen.

**Brändli** Christoffel (V, GR): Eine Vorbemerkung: Ich habe im Berggebiet gelernt, dass gesunde Tannen Stürmen widerstehen.

Was ist geschehen? Wir haben im Budget eine Kürzung von 1 Million Franken vorgenommen. Anlass zu dieser Kürzung hat die Hirschhorn-Ausstellung in Paris gegeben. Dem Antrag Bieri folgte unser Rat mit grosser Mehrheit. Was nachher geschah und in welcher Heftigkeit dies vor sich ging, war oder ist für mich unfassbar: Wir wurden mit Zeitungsartikeln und Mails bombardiert, als ob der Weltuntergang wegen dieses Beschlusses kurz bevorstünde, von Toleranz keine Spur. Wer nicht Ja sagt, versteht nichts von Kultur; wer nicht in Paris gewesen ist, darf sich kein Urteil anmassen, auch wenn die in den Printmedien und im Fernsehen gezeigten Bilder eindeutig sind. Das "Bepissen" eines Bundesratsbildes wird zur Kultur erhoben. Wer daran Zweifel äussert, wird in Bausch und Bogen ins Land kulturloser Urmenschen verdammt und - was schlimm ist - mit den Nationalsozialisten in Verbindung gebracht; oder, wie es die Präsidentin von Pro Helvetia gesagt hat: "une décision digne de la ex-DDR". Ich frage mich: Wo sind die Kulturschaffenden, die stets für sich in Anspruch nehmen, Verfechter von Toleranz und Menschenwürde zu sein? Gilt dies nur, wenn man ihre Meinung vertritt?

Nun geht es hier nicht um eine kulturelle Grundsatzdebatte. Wir werden diese sicher einmal führen. Es geht vor allem darum, ob wir den genehmigten Rahmenkredit der Pro Helvetia von 137 Millionen Franken in vier Jahren um 1 Million kürzen sollen oder nicht. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass wir den Rahmenkredit um 7 Millionen Franken erhöht haben. Demzufolge bekommt Pro Helvetia immer noch 6 Millionen Franken mehr als in der letzten Vierjahresperiode. Dürfen wir uns nicht fragen, ob die Prioritäten so richtig gesetzt sind? Dürfen wir uns nicht fragen, ob aufgrund des Einsatzes der Mittel von Pro Helvetia hier eine bescheidene Korrektur angebracht ist? Wie erklären Sie einem Bergbauern, dass er wegen der prekären Bundesfinanzen Kürzungen akzeptieren muss? Wie erklären Sie dies einem Arbeitslosen? Wie erklären Sie einem vom Leid geplagten, an der Autobahn lebenden Bürger, dass er noch einige Jahre auf Lärmschutzmassnahmen warten muss? Wie erklären Sie einem Bewohner eines Bergdorfes, dass für notwendige Lawinenschutzmassnahmen die Mittel vorläufig nicht gesprochen werden können? Wie erklären Sie einem Arbeitnehmer, dass er wegen der Finanzen keinen Teuerungsausgleich bekommen kann?

All diese Leute haben keine Freude an den Kürzungen; wir auch nicht. Aber diese Leute bringen das Verständnis dafür auf, dass alle einen Beitrag an die Sanierung dieses Haushaltes leisten müssen.

Den Kürzungsbeitrag von 1 Million Franken durch die Pro Helvetia erachte ich als einen bescheidenen Beitrag. Ich kann, wenn ich das Beispiel von Paris ansehe, in dieser bescheidenen Kürzung auch keine falsche Prioritätensetzung sehen. Letztlich geht es aber auch um die Frage, ob wir - bei allem Respekt vor der Freiheit, welche die Pro Helvetia haben muss - derartige die Menschenwürde verachtende Auftritte der Schweiz im Ausland mitfinanzieren wollen oder nicht. Das ist nicht eine Frage des Kunstverständnisses, das ist eine politische Frage. Es geht auch um die Frage, ob wir eine elitäre Kunst oder eine vom Volk mitgetragene Kultur mit Steuergeldern fördern wollen oder nicht.

Unser Entscheid ist und soll in diesem Sinne auch ein Signal sein. Ich bitte Sie deshalb, an unserem Beschluss festzuhalten.

**Lombardi** Filippo (C, TI): In unserer ersten Debatte habe ich mich nicht so sehr vom emotionalen Votum von Kollege Bieri, sondern eher vom ausgewogenen Votum von Kollege Schiesser überzeugen lassen. Auch für mich kann es überhaupt nicht um eine Vergeltung oder Strafaktion gegen eine Ausstellung gehen, die ich nicht gesehen habe, sondern es geht eher um eine Überlegung zur Art und Weise, wie die Mittel der Pro Helvetia insgesamt verwendet werden. Es ist nicht das erste Mal, dass wir etwas darüber erfahren.

Diese Mittel werden meiner Ansicht nach nicht immer gemäss Gesetz eingesetzt. In Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes lesen wir: "Die Tätigkeit der Stiftung umfasst insbesondere folgende Aufgaben: die Erhaltung des schweizerischen Geisteserbes und die Wahrung der kulturellen Eigenart des Landes unter besonderer Berücksichtigung der Volkskultur." Unter Buchstabe d steht weiter: "Die Pflege der kulturellen Beziehungen mit dem Ausland, insbesondere durch Werbung um das Verständnis für schweizerisches Gedanken- und Kulturgut." Die italienische Übersetzung dieses Buchstabens ist übrigens einleuchtend: Im italienischen Text steht wörtlich übersetzt "Propaganda für das Verständnis des schweizerischen Gedanken- und Kulturgutes". Da sollte die Redaktionskommission vielleicht eine kleine Überarbei-

tung vornehmen. Das Gesetz mag alt sein - es stammt aus dem Jahre 1965 -, aber wenn wir es nicht mehr anwenden wollen, dann sollten wir es ändern, und wir sollten nicht unter diesem Gesetz Beiträge sprechen für etwas, was dem Gesetz widerspricht.

Ich habe auch die Verordnung über Beiträge der Stiftung Pro Helvetia gelesen. In Artikel 2 wird einfach gesagt: "Ein Anspruch auf Beiträge besteht nicht." Darf der Ständerat in dem Sinne annehmen, dass auch kein Anspruch der Stiftung insgesamt gegenüber den Finanzen des Bundes besteht? Ich glaube schon. Ich glaube, der Bund soll nicht beschimpft werden, wie dies passiert ist, nur weil wir unsere Budgethoheit ausgeübt haben. Es mag sein, dass diese Ausstellung vielleicht ein Alarmzeichen gewesen ist, aber es wird bestimmt nicht diese Ausstellung bestraft, denn die Beiträge sind für den Haushalt 2004 und nicht für den Haushalt 2005 gesprochen worden. Die Ausstellung als solche wird also überhaupt nicht bestraft. Aber ich glaube, dass die Überlegungen, die wir insgesamt gemacht haben, weitergeführt werden sollen. Die WBK will das tun, das finde ich gut. Aber die Budgethoheit des Parlamentes soll uns erlauben, hier auch ein konkretes Zeichen zu setzen.

**Leuenberger** Ernst (S, SO): Nur ein Satz: Verfassungstext zitieren ist nicht Sprüche klopfen. Danke.

**Schiesser** Fritz (RL, GL): Ich erlaube mir noch zwei, drei Worte, nachdem ich auch letztes Mal in dieser Frage interveniert habe. Ich habe in der Zwischenzeit aber auch festgestellt, dass die Diskussionen, die über den Entscheid des Ständerates entstanden sind, in keinem vernünftigen Verhältnis mehr stehen. Die öffentliche Diskussion, die entstanden ist, zeigt eben etwas anderes auf, nämlich dass hier ein Malaise vorhanden ist, über das wir einlässlicher diskutieren müssen. Es wurde uns nach diesem Entscheid vorgeworfen, wir seien nicht die "chambre de réflexion", sondern die "chambre d'émotion" gewesen. Es ist auch in diesem Rat durchaus zulässig, dass auch einmal Emotionen hochkommen können, sonst wären wir irgendwelche emotionslosen, gefühllosen Wesen, und das sind wir nicht.

Zum Zweiten: Ich bin froh, dass wir eine solche Diskussion vom Zaun gerissen haben. In der Zwischenzeit sind nämlich auch namhafte Stimmen laut geworden, die den Kunstwert der Ausstellung in Paris infrage stellen - wesentlich infrage stellen. Ich kann mir kein Urteil darüber erlauben, aber ich habe mit Genugtuung festgestellt, dass es auch solche Stimmen gibt. Drittens: Was mich in der Zeit seit unserem ersten Entscheid beschäftigt hat, sind - ich habe es vorhin gesagt - die Probleme von Pro Helvetia und das grosse Unbehagen. Der Entscheid des Ständerates war vielleicht auch eine Reaktion darauf, dass wir mit Pro Helvetia immer wieder Probleme haben. Ich befürchte Folgendes: Wenn wir jetzt diesen Entscheid einfach bestätigen und vielleicht noch sagen, die WBK werde sich dann mit dieser Pro Helvetia beschäftigen, wird das nicht mehr im gleichen Ausmass erfolgen, wie wenn wir jetzt die 34 Millionen Franken bewilligen. Ich habe mich auch gefragt: Warum um eine und nicht um 4 Millionen Franken kürzen? Was, wenn die Kommission, die WBK, nächstes Jahr Bericht erstattet und im Rahmen der Budgetdebatte beantragt, wir möchten den Betrag eigentlich wesentlich mehr kürzen, weil wir der Auffassung sind, dass hier ein Umgang öffentlicher Mittel vorhanden ist, der nicht gerechtfertigt ist? Dann hätten wir zwei Schritte, und das zu tun wäre für die Kommission wahrscheinlich viel schwieriger, als wenn das in einem Schritt gemacht werden könnte.

Für mich ist der Weg, der begangen werden muss, derjenige der Kommission. Die Kommission wird sich intensiv mit dieser Pro Helvetia auseinandersetzen müssen, und zwar deshalb, weil immer wieder Sachen an die Oberfläche kommen, die wir nicht hinnehmen können.

Was die Äusserung der Stiftungspräsidentin betrifft, so war sie auf einem Niveau, das unerträglich ist; da muss ich Herrn Brändli Recht geben. Ich kann nur hoffen, dass sich das Kulturverständnis der Pro Helvetia auf einem wesentlich höheren Niveau bewegt als die Äusserung der Stiftungspräsidentin.

Nun hat Herr Jenny gefragt - und damit komme ich zur letzten Bemerkung -, was anders sei als beim letzten Entscheid. Für mich ist eines anders: Ich habe damals - ich muss es zugeben - aus einer gewissen Emotion heraus entschieden. In der Zwischenzeit hatte ich Zeit zum Überlegen. Ich habe mir verschiedene Überlegungen gemacht. Ich möchte aufgrund einer fundierten Abklärung der Kommission entscheiden und in diesem Rat allenfalls auch beantragen können, dass die Gelder stärker zu kürzen sind oder dass bei Pro Helvetia grundlegende Strukturveränderungen vorzunehmen sind. Das veranlasst mich dazu, jetzt zu sagen: Ich schliesse beide Augen und stimme diesen 34 Millionen Franken zu, aber die Zeit der gründli-

chen Abklärung in der Kommission und der Berichterstattung an diesen Rat wird kommen. Was die Kommission dann beantragen wird, schliesst mindestens auch einen Antrag auf all-fällige weitergehende Kürzungen ein.

Die Budgethoheit dieses Rates ist nie infrage gestellt; das möchte ich am Schluss noch ganz klar feststellen. Alles andere ist für mich unzulässig. Wenn dieser Rat der Auffassung ist, ein Budgetposten sei zu kürzen, dann kann er gekürzt werden. Aber ich hätte gerne eine fundierte Abklärung, wie und in welchem Ausmass gekürzt werden soll.

**Gentil** Pierre-Alain (S, JU): Un écrivain français du début du siècle dernier, qui n'était pas particulièrement catholique, avait dit une fois: "Je suis reconnaissant au Vatican de tenir la liste des ouvrages que l'on doit mettre à l'index parce qu'au moins, comme ça, je sais par lesquels il faut commencer." J'ai l'impression qu'on pourrait prendre l'habitude de dire: "J'écoute les débats du budget au Conseil des Etats, comme ça j'entends parler d'expositions que je n'aurais jamais eu l'idée de visiter."

Notre décision de la semaine passée a pris des proportions qui sont sans commune mesure avec l'importance du débat budgétaire que nous menons. Le risque que nous prenons est que l'ensemble des considérations budgétaires que nous avons faites et des décisions difficiles que nous avons dû prendre soit occulté par ce débat sur Pro Helvetia.

Je peux comprendre en partie la réaction attristée de nos collègues de la minorité, qui estiment qu'il y a lieu de protester sur une exposition dont ils contestent le bon goût. J'aimerais leur demander instamment de considérer que la décision du budget n'est pas le bon endroit pour mener cette discussion. Cela a été dit par notre collègue Langenberger, présidente de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture; cela a été répété par notre collègue Schiesser. Si on veut un débat et s'il faut un débat sur l'activité culturelle de Pro Helvetia, sur des règles, sur des définitions, sur des modalités d'allocation des ressources aux expositions, nous avons d'autres endroits où nous pouvons réagir, où nous pouvons discuter de manière sereine et en abordant l'ensemble du problème.

La décision que nous avons prise la semaine dernière et la discussion que nous avons aujourd'hui sont incontestablement des discussions émotionnelles, et il n'est pas bon de prendre des décisions budgétaires dans cet esprit. Sans contester le droit à quiconque de protester contre la politique de Pro Helvetia, je demande à nos collègues de la minorité de considérer que ce débat doit être mené ailleurs qu'à l'occasion du débat budgétaire.

Je ne leur demande pas de renoncer à leur opinion, mais à soutenir le projet du Conseil fédéral à propos du budget. Ils auront toute latitude pour parler de politique culturelle dans des occasions mieux appropriées.

**Ory** Gisèle (S, NE): Le travail de la Fondation Pro Helvetia, et parfois la fondation elle-même, est régulièrement remis en cause. Elle l'a déjà été l'année passée au Conseil national et la diminution de son budget n'a été repoussée qu'à un cheveu. Cette année, suite à un coup de coeur, nous avons choisi de diminuer son budget.

L'exposition Hirschhorn à Paris a fait grand bruit. Elle n'a pas plu à tout le monde, je peux le comprendre. On ne peut pas discuter des goûts et des couleurs. En revanche, ce débat est intéressant, car il nous oblige à nous poser des questions fondamentales telles que: qu'est-ce que la finalité de l'art? Quel est le rôle de l'art dans la société? Quel est notre rôle de politique par rapport à l'art? Qu'attendons-nous de l'art?

En Suisse, la liberté d'expression est un fondement de notre démocratie. Elle est garantie par la Constitution. Ne sommes-nous plus d'accord avec ce que nous avons voté en 1999?

L'exposition Hirschhorn dérange. Ce n'est pas un fait nouveau. L'art et les artistes dérangent depuis qu'ils existent. Combien de grands auteurs, peintres et compositeurs ont-ils passé une partie de leur vie en exil pour avoir trop clairement critiqué les institutions de leur pays? Combien sont aujourd'hui reconnus comme incontournables?

Le fait que l'exposition de Paris ait réussi à nous faire nous interroger sur l'image de notre pays, comme sur la place de la culture dans notre société, sur le rapport entre l'art et l'Etat, peut déjà être considéré comme un grand succès. L'art n'a pas pour vocation première de présenter une image politiquement lisse, mais justement de remettre en question, de nous confronter à notre image. Et pour cela, il faut parfois un peu de provocation; c'est l'essence même de la liberté.

En outre, si nous voulions remettre en question les activités de Pro Helvetia, le budget n'est pas le bon endroit. Nous devrions aborder cette question en toute connaissance de cause

dans le cadre d'un débat sur la culture et sur le rôle que nous voulons attribuer à Pro Helvetia dans ce contexte. Peut-être devrions-nous faire ce débat? Mais nous ne pouvons pas le faire aujourd'hui dans le cadre du budget. Nous n'avons pas les documents nécessaires pour cela et nous ne prendrions que des décisions purement émotionnelles et sans fondements véritables.

Je crois que nous devons laisser aux artistes la liberté de créer. Notre rôle est de mettre en place des conditions favorables à la création artistique, et non pas de définir ce qui est artistiquement ou politiquement correct. Ce ne seront pas toujours des oeuvres qui nous plairont. Nous avons le droit de critiquer; c'est même un plaisir. Mais si nous choisissons de censurer, alors nous enlèverons à la culture une grande partie de sa richesse, et nous serons les artisans d'une culture d'Etat, comme nous en avons connu une dans d'autres temps et d'autres pays.

En conclusion, je voudrais rappeler ces paroles d'un auteur qui a vécu longtemps en exil: "En substance, je ne suis pas d'accord avec vous, mais je me battrais pour que vous puissiez l'exprimer."

**Merz** Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich spüre eine gewisse Ungeduld voranzukommen. In der Tat bin ich natürlich da, um die Verantwortung für das Budget der Eidgenossenschaft für das Jahr 2005 zu tragen. Ich ersuche Sie in diesem Zusammenhang, mich zu unterstützen.

Wir alle sind von dieser Debatte überrascht worden. Ich selber auch. Ich lese im Augenblick ein Buch von Frau Elfriede Jelinek. Das ist eine österreichische Schriftstellerin, eine sehr unabhängige, gescheite Frau, welche Romane verfasst hat, deretwegen sie in ihrem Land sehr stark in die Kritik geraten ist. Ich lese diese Romane mit Hochgenuss! Die Frau wurde kürzlich mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Es tut uns gut, in der Situation der Schweiz vielleicht einmal bei den Nachbarn mit etwas Distanz zu sehen, wie man Kulturpolitik betreiben könnte. Dieses gesagt habend, ersuche ich Sie jetzt mit aller Nüchternheit, die Finanzpolitik zu beachten. Diese Finanzpolitik basiert auf dem Entwurf des Bundesrates, der sagt, dass Pro Helvetia einen Rahmenkredit von 137 Millionen Franken zur Verfügung hat, der heruntergebrochen 34 Millionen Franken pro Jahr beträgt - und zwar gekürzt, nicht aufgestockt! Wir haben im Vergleich zu 2003 gekürzt. Das Bundesamt für Kultur ist im EP 2003 nicht ungeschoren davongekommen, und im Bundesamt für Kultur hat man Ihnen nach sorgfältigen Priorisierungen jetzt diese Beträge zum Entscheid unterbreitet. Die Pro Helvetia ist eine Organisation, die jedes Jahr Rechnung und Rechenschaft ablegt. Diese Berichte können Ihnen durchaus als Fortsetzung der kulturpolitischen Debatte dienen. Die infragestehenden Beträge für die Ausstellung in Paris sind längst ausgegeben, eine Kürzung hätten Sie letztes Jahr mit dem Budget beschliessen müssen.

Wir beschliessen jetzt das Budget für das Jahr 2005, und Sie teilen die Mittel für ein neues Budgetjahr zu. Sie geben Pro Helvetia damit die Möglichkeit, wieder neue Projekte aufzugleisen. Wenn Sie diese diskutieren wollen, und das ist an verschiedenen Orten gesagt worden, dann muss man die Gelegenheit bei Pro Helvetia nutzen, um pro futuro zu diskutieren. Ich ersuche Sie, hier mit kühlem Kopf die Position des Bundesrates zu unterstützen und die Differenz zum Nationalrat zu beseitigen.

#### *Abstimmung - Vote*

Für den Antrag der Minderheit .... 22 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit .... 19 Stimmen

04.047

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005**  
**Budget de la Confédération 2005**

*Differenzen - Divergences*

**Departement des Innern - Département de l'intérieur**

*306 Bundesamt für Kultur*  
*306 Office fédéral de la culture*

*Antrag der Mehrheit*  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*  
(Pfister Theophil, Bugnon, Loepfe, Schibli, Schwander, Stahl, Wäfler, Weyeneth)  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la majorité*  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Maintenir

*Proposition de la minorité*  
(Pfister Theophil, Bugnon, Loepfe, Schibli, Schwander, Stahl, Wäfler, Weyeneth)  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Pfister** Theophil (V, SG): Die unendliche Geschichte ist noch nicht zu Ende. Der Ständerat hat an der letzten Budgetsitzung Stärke gezeigt und an seinem Antrag, für die Stiftung Pro Helvetia 33 Millionen statt 34 Millionen Franken zu bewilligen, mit 22 zu 19 Stimmen festgehalten. Ich nehme an, dass der Ständerat auch in der nächsten Runde festhalten wird. Ansonsten könnten wir dann wirklich einer Politik der Wankelmütigkeit bezichtigt werden. Wir sollten hier dem Ständerat folgen und diese Geschichte von unserer Seite aus beenden. Die Stiftung ist sich keines Fehlers bewusst und bestätigt uns schriftlich, dass sie alles richtig gemacht habe. Von der Präsidentin von Pro Helvetia werden wir der Anwendung von DDR-Methoden bezichtigt. Es ist offenbar verboten, auch nur ein Jota an den schon damals im Voraus in Besitz genommenen Subventionen zu kürzen; während andere Bezüger, die auch auf Bundesgelder angewiesen sind, längst den Druck der fehlenden Bundeseinnahmen spüren mussten. Pro Helvetia wurde beim Entlastungsprogramm 2004 verschont. Wenn Sie die Botschaft vom 28. Mai 2003 über die Finanzierung der Tätigkeiten der Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 2004 bis 2007 auf Seite 4921 nachlesen, dann sehen Sie, dass hier für die Jahre 2005 bis 2007 immer der gleiche Betrag von 34 Millionen Franken aufgeführt wird. Noch ein Punkt: Es ist vielen nicht bewusst, dass auch diese 33 Millionen Franken, die wir der Kultur zur Verfügung stellen wollen, längst nicht mehr aus der Bundeskasse stammen - diese hat bekanntlich heute schon 140 Milliarden Franken Schulden -, sondern dieses Geld wird angesichts der neuen Defizite auf dem Markt aufgenommen und vermutlich der nächsten Generation grosszügig zur Zahlung überlassen. Das sind auch Fakten, die wir bei aller Gross-

zügigkeit nicht übersehen sollten.

Ich beantrage Ihnen, hier dem Ständerat zu folgen und diese emotionale Geschichte von unserem Rat aus zu beenden. Die Diskussion hat uns immerhin gezeigt, wie wichtig eine Diskussion über die politischen Abläufe und über das Primat der Politik über das Budget ist, auch wenn es nicht alle so sehen wollen.

**Rey** Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Tout a déjà été dit, le débat a été fait.

Je rappelle simplement que la Commission des finances, par 15 voix contre 10, vous propose de maintenir les 34 millions de francs de cette position. Je vous rappelle que Pro Helvetia est une fondation de droit public de la Confédération qui fonctionne de façon autonome sur la base d'un budget qui lui est octroyé. Je vous rappelle aussi que Pro Helvetia publie chaque année un rapport et que c'est à cette occasion qu'on peut en discuter et faire état d'éventuelles critiques. Je vous rappelle aussi que notre conseil a donné mandat d'examiner dans le détail les moyens de coordonner les efforts relevant du domaine de la promotion de l'image de la Suisse à l'étranger, y compris Pro Helvetia, donc les mandats ont déjà été donnés. Au nom de la majorité de la commission, je vous prie donc de maintenir notre proposition, soit 34 millions de francs à la Fondation Pro Helvetia.

*Abstimmung - Vote*

(namentlich - nominatif; Beilage - Annexe 04.047/1686)

Für den Antrag der Mehrheit .... 89 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit .... 84 Stimmen


**Geschäft / Objet:**  
 Voranschlag 2005

Budget 2005

**Gegenstand / Objet du vote:**

306 3600.001 Fondation Pro Helvetia

**Abstimmung vom / Vote du:** 15.12.2004 08:38:40

Abate	+	R	TI
Aeschbacher	=	E	ZH
Allemann	+	S	BE
Amstutz	=	V	BE
Baader Caspar	=	V	BL
Bader Elvira	=	C	SO
Banga	+	S	SO
Baumann Alexander	=	V	TG
Bäumle	+	-	ZH
Beck	=	R	VD
Berberat	+	S	NE
Bezzola	=	R	GR
Bigger	=	V	SG
Bignasca Attilio	=	V	TI
Binder	=	V	ZH
Borer	=	V	SO
Bortoluzzi	=	V	ZH
Bruderer	+	S	AG
Brun	=	C	LU
Brunner Toni	=	V	SG
Brunschwig Graf	+	R	GE
Büchler	=	C	SG
Bugnon	=	V	VD
Bühlmann	+	G	LU
Bührer	=	R	SH
Burkhalter	+	R	NE
Cathomas	*	C	GR
Cavalli	*	S	TI
Chevrier	+	C	VS
Christen	+	R	VD
Cina	=	C	VS
Cuche	+	G	NE
Daguet	+	S	BE
Darbella	+	C	VS
De Buman	+	C	FR
Donzé	*	E	BE
Dormond Béguelin	+	S	VD
Dunant	=	V	BS
Dupraz	+	R	GE
Egerszegi-Obrist	+	R	AG
Eggly	+	R	GE
Engelberger	=	R	NW
Fasel	*	G	FR
Fässler-Osterwalder	+	S	SG
Fattebert	=	V	VD
Favre	o	R	VD
Fehr Hans	*	V	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH
Fehr Jacqueline	+	S	ZH
Fehr Mario	+	S	ZH

Fluri	+	R	SO
Föhn	*	V	SZ
Freysinger	o	V	VS
Frösch	+	G	BE
Gadient	=	V	GR
Gallade	*	S	ZH
Garbani	*	S	NE
Genner	+	G	ZH
Germanier	+	R	VS
Giezendanner	=	V	AG
Glasson	o	R	FR
Glur	=	V	AG
Goll	+	S	ZH
Graf	+	G	BL
Gross Andreas	%	S	ZH
Gross Jost	+	S	TG
Guisan	+	R	VD
Günter	+	S	BE
Gutzwiller	+	R	ZH
Gyr	+	S	SZ
Gysin Hans Rudolf	*	R	BL
Gysin Remo	+	S	BS
Häberli	=	C	TG
Haering	+	S	ZH
Haller	=	V	BE
Hämmerle	+	S	GR
Hassler	=	V	GR
Hegetschweiler	*	R	ZH
Heim Bea	+	S	SO
Hess Bernhard	*	-	BE
Hochreutener	=	C	BE
Hofmann Urs	+	S	AG
Hollenstein	+	G	SG
Huber	+	R	UR
Hubmann	+	S	ZH
Huguenin	+	-	VD
Humbel Näf	o	C	AG
Hutter Jasmin	=	V	SG
Hutter Markus	+	R	ZH
Imfeld	=	C	OW
Ineichen	=	R	LU
Janiak	+	S	BL
Jermann	=	C	BL
Joder	=	V	BE
Jutzet	+	S	FR
Kaufmann	=	V	ZH
Keller Robert	=	V	ZH
Kiener Nellen	+	S	BE
Kleiner	*	R	AR
Kohler	+	C	JU

Kunz	=	V	LU
Lang	+	G	ZG
Laubacher	=	V	LU
Leu	=	C	LU
Leuenberger Genève	+	G	GE
Leutenegger Filippo	*	R	ZH
Leutenegger Oberholzer	+	S	BL
Leuthard	=	C	AG
Levrat	+	S	FR
Loepfe	=	C	AI
Lustenberger	#	C	LU
Maitre	#	C	GE
Markwalder Bär	+	R	BE
Marti Werner	+	S	GL
Marty Kälin	+	S	ZH
Mathys	=	V	AG
Maurer	=	V	ZH
Maury Pasquier	+	S	GE
Meier-Schatz	+	C	SG
Menétrey-Savary	+	G	VD
Messmer	=	R	TG
Meyer Thérèse	=	C	FR
Miesch	=	V	BL
Mörgeli	=	V	ZH
Müller Geri	+	G	AG
Müller Philipp	=	R	AG
Müller Walter	=	R	SG
Müller-Hemmi	+	S	ZH
Müri	=	V	LU
Nordmann	+	S	VD
Noser	*	R	ZH
Oehrl	=	V	BE
Pagan	=	V	GE
Parmelin	=	V	VD
Pedrina	+	S	TI
Pelli	+	R	TI
Perrin	=	V	NE
Pfister Gerhard	=	C	ZG
Pfister Theophil	=	V	SG
Randegger	+	R	BS
Rechsteiner Paul	+	S	SG
Rechsteiner-Basel	+	S	BS
Recordon	+	G	VD
Rennwald	+	S	JU
Rey	+	S	VS
Reymond	=	V	GE
Riklin	+	C	ZH
Rime	=	V	FR
Robbiani	o	C	TI
Rossini	+	S	VS

Roth-Bernasconi	+	S	GE
Ruey	+	R	VD
Rutschmann	=	V	ZH
Sadis	+	R	TI
Salvi	+	S	VD
Savary	+	S	VD
Schenk	=	V	BE
Schenker	+	S	BS
Scherer Marcel	=	V	ZG
Schibli	=	V	ZH
Schlür	=	V	ZH
Schmid Walter	=	V	BE
Schneider	o	R	BE
Schwander	=	V	SZ
Siegrist	=	V	AG
Simoneschi-Cortesi	=	C	TI
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Speck	=	V	AG
Spuhler	=	V	TG
Stahl	=	V	ZH
Stamm Luzi	=	V	AG
Steiner	+	R	SO
Stöckli	*	S	BE
Studer Heiner	*	E	AG
Stump	+	S	AG
Teuscher	+	G	BE
Thanei	+	S	ZH
Theiler	=	R	LU
Triponoz	=	R	BE
Vanek	+	-	GE
Vaudroz René	o	R	VD
Veillon	=	V	VD
Vermot-Mangold	+	S	BE
Vischer	*	G	ZH
Vollmer	+	S	BE
Waber Christian	=	E	BE
Wäfer	=	E	ZH
Walker Félix	=	C	SG
Walter Hansjörg	=	V	TG
Wandfluh	=	V	BE
Wasserfallen	=	R	BE
Wehrli	=	C	SZ
Weigelt	=	R	SG
Weyeneth	=	V	BE
Widmer	+	S	LU
Wobmann	=	V	SO
Wyss Ursula	+	S	BE
Zapf	+	C	ZH
Zisvadis	+	-	VD
Zuppiger	=	V	ZH

**Ergebnisse / Résultats:**

Fraktion / Groupe / Gruppo	C	G	R	S	E	V	-	Tot.
Ja / oui / si	7	12	19	47	0	0	4	89
nein / non / no	16	0	12	0	3	53	0	84
enth. / abst. / ast.	2	0	4	0	0	1	0	7
entsch. Art. 57 4 / excusé art. 57 4 / scusato Art. 57 4	0	0	0	1	0	0	0	1
hat nicht teilgenommen / n'ont pas voté / non ha votato	2	2	5	4	2	2	1	18

- + ja / oui / si
- = nein / non / no
- o enth. / abst. / ast.
- % entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4
- excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4
- \* hat nicht teilgenommen / n'a pas voté / non ha votato
- # Der Präsident stimmt nicht
- Le président ne prend pas part aux votes

 Bedeutung Ja / Signification de oui: Proposition de la majorité  
 Bedeutung Nein / Signification de non: Proposition de la minorité Pfister Theophil

04.047

## Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005 Budget de la Confédération 2005

*Différences - Divergences*

### Departement des Innern - Département de l'intérieur

306 Bundesamt für Kultur  
306 Office fédéral de la culture

*Antrag der Mehrheit*  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*  
(Gentil, Leuenberger-Solothurn, Brunner Christiane)  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la majorité*  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Maintenir

*Proposition de la minorité*  
(Gentil, Leuenberger-Solothurn, Brunner Christiane)  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Adhérer à la décision du Conseil national

**Lauri** Hans (V, BE), für die Kommission: Die Finanzkommission hat, währenddem der Rat hier tagte, eine Kommissionssitzung zu den Beschlüssen des Nationalrates von heute Morgen durchgeführt. In der Position Pro Helvetia hat sie festgestellt, dass es um eine betont allgemeinpolitische und nicht vorab finanzpolitische Frage geht, die hier zur Diskussion steht. Sie gab sich auch Rechenschaft über den gestrigen Entscheid des Ständerates, welcher auf Festhalten am tieferen Betrag von 33 Millionen Franken lautete. Sie hat diesen Entscheid des Plenums von gestern heute zu ihrer Mehrheitsentscheidung gemacht und stellt Ihnen hiermit entsprechend Antrag. Daneben gibt es aber noch den Antrag der Minderheit Gentil.

**Gentil** Pierre-Alain (S, JU): Comme vient de le dire Monsieur Lauri, tous les arguments ont été posés dans cette affaire. Je n'ai rien à ajouter à la proposition de la minorité, si ce n'est pour vous dire qu'il serait naturellement souhaitable que vous la transformiez en majorité.

**Leuenberger** Ernst (S, SO): Beerdigungen haben schicklich zu sein, die Argumentation hat aber würdig zu bleiben. Sie erlauben mir, hier eine kulturpolitische Bemerkung zu machen: Der Entscheid, der hier in wenigen Momenten gefällt werden wird, ist eine eklatante Niederlage der Liberalen in diesem Saal, und es ist eine Niederlage jener, denen Liberalität - auch Ferne vom Staat - etwas bedeutet. Es ist ein Sieg jener politischen Milieus, die der Zuger Schriftsteller Thomas Hürlimann in seinem Roman "Der grosse Kater" beschrieben hat. Es ist eine Mentalität, die auch Zeichen einer reaktionären Mentalität enthält.

Ich muss Ihnen sagen, das ist der schwierigste Moment, den ich durchlebe, seit ich diesem Parlament angehöre. Ich bin das Verlieren gewohnt. Es geht auch nicht um diese Million; es geht um die Argumentation, die hier vorgetragen worden ist. Ich will damit schliessen, dass ich sage: Wäre Herr Schweiger nicht krank geworden, er hätte in dieser Sache einige Dinge gesagt, die vermutlich zu einem anderen Resultat geführt hätten.

Ich stimme überzeugt mit der Minderheit, und ich weiss, dass wir nun mit wehenden Fahnen untergehen werden. Aber es geht mehr als diese Million unter - glauben Sie mir.

**Fetz** Anita (S, BS): Ich habe Sie vor einer Woche eindringlich darum gebeten, sich nicht provozieren zu lassen, sondern in dieser Affäre gelassen zu bleiben. Ich habe darauf gezählt, dass die Chambre de réflexion ihrem Unmut Ausdruck gibt - das ist in Ordnung -, aber dann wieder reflektiert. Sie sind daran, auf dem Buckel einer Kulturinstitution eine Machtfrage auszutragen. Was bringt das? Sie sind daran, eine durch die Medien skandalisierte Ausstellung zu qualifizieren. Sie sind daran, einen Künstler, über dessen Ausstellung man tatsächlich streiten kann, schweizweit bekannt zu machen. Sie sind daran, Artikel 21 der Bundesverfassung, die Kulturfreiheit, zu tangieren. Statt eine Kulturdebatte zu führen, sind Sie daran, eine Strafaktion durchzuführen, eine Machtfrage zu zementieren.

Ich wundere mich, wie schnell hier eine Mehrheit bereit ist, liberale Grundwerte aufzugeben. Das enttäuscht mich.

**Bürgi** Hermann (V, TG): Gestatten Sie mir, im Sinne einer persönlichen Erklärung Folgendes festzustellen. Ich mache diese persönliche Erklärung, glaube ich, auch im Namen vieler hier. Das, was Herr Leuenberger uns vorgeworfen hat, weise ich in aller Form zurück. Ich bin auch legitimiert dazu. Ich habe in einem Kanton ein Kulturförderungsgesetz geschaffen, das seinesgleichen sucht. Ich habe eine Kulturstiftung zu gründen mitgeholfen, und meine Beziehung und die Beziehung vieler von uns in Bezug auf die Kulturschaffenden steht nicht zur Diskussion.

Wenn man nun hinget und das gleichsam als einen Affront und eine reaktionäre Haltung und die Aufgabe liberalen Gedankengutes betrachtet, dann verwahre ich mich gegen diesen Vorwurf in aller Form.

**Büttiker** Rolf (RL, SO): Ich lasse mir in dieser Frage und in dieser Sache nicht das Prädikat "reaktionär" austeilen; das geht zu weit! Und "liberal" zu definieren, das lassen Sie uns Liberale selber machen! Ich würde etwa so sagen: Liberal sein heisst, den ständigen Verdacht zu haben, dass auch der andere Recht haben könnte.

Ich bitte Sie, uns eben diese Liberalität zu lassen, in dieser Frage nach unserem Gewissen zu entscheiden, und das nicht als reaktionär auszulegen.

#### *Abstimmung - Vote*

Für den Antrag der Mehrheit .... 23 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit .... 10 Stimmen

04.047

## Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005 Budget de la Confédération 2005

*Differenzen - Divergences*

**Le président** (Maitre Jean-Philippe, président): L'objet est traité en catégorie IV, ce qui signifie que nous entendrons les rapporteurs et, s'il souhaite prendre la parole, le représentant du Conseil fédéral. Je vous informe que la présidence vient de recevoir une proposition Pfister Theophil de rejet de la proposition de la Conférence de conciliation. Comme l'auteur n'a pas eu le temps de déposer sa proposition par écrit, et en accord avec lui, il aura droit à une minute pour la développer.

### Departement des Innern - Département de l'intérieur

*306 Bundesamt für Kultur  
306 Office fédéral de la culture*

*Antrag der Einigungskonferenz  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Fr. 33 820 000*

*Proposition de la Conférence de conciliation  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Fr. 33 820 000*

**Rey** Jean-Noël (S, VS), pour la commission: La Conférence de conciliation a siégé ce matin. Elle vous soumet les propositions suivantes concernant les positions où subsistaient des divergences entre les deux conseils.

Concernant la fondation Pro Helvetia, la Conférence de conciliation propose de s'arrêter au montant de 33,82 millions de francs, faisant ainsi un bout de chemin pour sortir du psychodrame de la fondation Pro Helvetia en proposant la réduction de 180 000 francs qui correspond aux frais de l'exposition qui a suscité tellement d'émotions dans notre conseil. Donc, à la position Fondation Pro Helvetia, la Conférence de conciliation propose le compromis de 33,82 millions de francs.

Ensuite, concernant la deuxième divergence, Indemnités versées pour les activités de Jeunesse et sport, la Conférence de conciliation nous propose de nous rallier à la décision du Conseil des Etats et d'en rester au montant prévu par le Conseil fédéral, soit 55 429 900 francs. La Conférence de conciliation a estimé que dans ce domaine qui porte, je vous le rappelle, sur un budget d'environ 84 millions de francs, il était tout à fait supportable de ne pas augmenter ce budget de 1,5 million de francs, comme le souhaitait notre Chambre. Par conséquent, la Conférence de conciliation propose de s'en tenir au budget tel que proposé par le Conseil fédéral.

Ensuite, en ce qui concerne l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage, concernant les positions 810.3180.000 et 810.3180.001, Prestations de service de tiers et Exécution, la Conférence de conciliation propose de se rallier à la solution de compromis du Conseil des Etats qui, certes, réduit ces positions budgétaires par rapport à ce que proposait le Conseil fédéral, mais ne va pas aussi loin que ce que la majorité de notre chambre proposait, et ceci pour les raisons suivantes:

1. La Conférence de conciliation, après avoir été informée dans le détail par la Commission des finances du Conseil des Etats qui s'était occupée en profondeur de ces deux positions, a estimé tout d'abord qu'il ne fallait pas, par des coupures exagérées, mettre en danger les mesures prises dans le domaine de la sécurité contre les avalanches et en faveur des forêts protectrices.

2. Si l'on maintenait les coupures telles que souhaitées par le Conseil national, on remettrait en cause les activités principales, les "Kerngeschäfte", de l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage, puisqu'on touche à la position Exécution et - comme je l'ai dit hier - si l'on veut changer cette position, il faut changer la loi. Donc la Conférence de conciliation propose ici de vous rallier à la position de compromis du Conseil des Etats.

En ce qui concerne l'Office fédéral du développement territorial, là aussi la Conférence de conciliation propose de vous rallier à la solution de compromis du Conseil des Etats, qui prévoit une somme de 4,4 millions de francs à la position Prestations de service de tiers. Et cela pour la raison suivante:

La Conférence de conciliation estime que le Parlement a demandé à cet office toute une série de mesures, notamment dans le domaine de l'aménagement du territoire ou des rapports dans le domaine de la Convention alpine. Par conséquent, la Conférence de conciliation estime que le Parlement doit être logique avec lui-même et accepter une position budgétaire qui permette à cet office de faire le travail que lui a demandé le Parlement.

La dernière divergence portait sur les dépenses courantes. Il s'agit de deux positions: Biens et services et Biens d'investissement dans le domaine de l'informatique.

Notre conseil voulait réaliser une coupure de 25 millions de francs, le Conseil des Etats de 15 millions de francs. La Conférence de conciliation vous propose une réduction de 20 millions de francs sur une position d'un montant global de plus de 3 milliards de francs. Nous estimons que ces économies de 20 millions de francs sont supportables.

Nous laissons au Conseil fédéral le soin de répartir la réduction de 20 millions de francs entre les positions 31 Biens et services et 40 Biens d'investissement dans le domaine de l'informatique.

Voilà les propositions de la Conférence de conciliation sur le budget 2005. Je vous rappelle que notre conseil ne peut se prononcer que de façon globale, que sur l'ensemble des propositions. Il ne peut que dire oui ou non aux propositions de la Conférence de conciliation. Au cas où notre conseil dit non, selon la loi sur le Parlement, ce sont les propositions les plus basses qui sont acceptées. Donc, si une proposition de la Conférence de conciliation est rejetée, est réputée adoptée la décision prise en troisième lecture qui prévoit la dépense la moins élevée. Je pense qu'il est important de le souligner.

Voilà le rapport de la Conférence de conciliation. Je vous rappelle que ces divergences portaient sur quelques millions de francs, alors que le budget porte sur 50 milliards de francs.

**Loepfe** Arthur (C, AI), für die Kommission: Ich möchte Ihnen das Ergebnis der Einigungskonferenz von heute Morgen präsentieren. Die Einigungskonferenz hat bei den Positionen mit Differenzen die folgende Lösung gefunden und schlägt sie Ihnen zur Annahme vor:

Bei Pro Helvetia hat die Einigungskonferenz einen Kompromiss zwischen Ständerat und Nationalrat beschlossen. Der Betrag würde jetzt lauten: 33,82 Millionen Franken; dies sind 180 000 Franken weniger als das, was der Nationalrat beschlossen hat.

Bei der Position "Jugend und Sport" folgt die Einigungskonferenz der Lösung des Ständerates, d. h. eine Million Franken weniger, als der Nationalrat beschlossen hat.

Bei den Positionen des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft - es betrifft die Position "Dienstleistungen Dritter" und die Position "Vollzug" - schlägt die Einigungskonferenz ebenfalls die Lösung des Ständerates vor, mit der Begründung: Schutzwald, in Kombination mit anderen Positionen in diesem Amt, die jetzt nicht mehr auf der Fahne sind; es ist also ein Kompromiss über das Gesamte. Im Weiteren haben vor allem die Ständeräte darauf Gewicht gelegt, dass sie die Grundaufgaben, also die Basisaufgaben, dieses Amtes überprüft hätten und dass diese notwendig seien. Hier also: Lösung des Ständerates.

Beim Bundesamt für Raumentwicklung gilt genau das Gleiche: die Lösung des Ständerates, mit der gleichen Begründung.

Zuletzt noch die Positionen bei den laufenden Ausgaben - es geht hier um die Sachausgaben Informationstechnologie und die Investitionsgüter Informationstechnologie -: Die Einigungskonferenz schlägt Ihnen hier wiederum einen Kompromiss zwischen den Beträgen des Ständerates und jenen des Nationalrates vor. Die Kürzung würde neu 20 Millionen Franken betragen - nicht mehr 25 Millionen Franken, wie es der Nationalrat beschlossen hat. Die Aufteilung

der Kürzungen zwischen diesen beiden Positionen will man dem Bundesrat überlassen. Wenn Sie diesem Ergebnis zustimmen würden, liegen wir jetzt, im Vergleich zu den Vorgaben der Schuldenbremse und des Finanzhaushaltgesetzes, bei plus 30 bis 40 Millionen Franken, also ungefähr im Bereich, in dem wir mit dem Vorschlag des Bundesrates gestartet sind. Ich bitte Sie, dem Ergebnis der Einigungskonferenz zuzustimmen. Ich danke Ihnen bereits jetzt im Namen der Finanzkommission für die Einhaltung des Minimalziels gemäss Verfassung und Finanzhaushaltgesetz.

**Pfister** Theophil (V, SG): Die SVP-Fraktion ist mit dem Ergebnis der Einigungskonferenz von heute Morgen nicht zufrieden. Zu viele Positionen wurden nicht im Sinne der Schuldenbremse erledigt. Insbesondere wurden unsere intensiven Bemühungen in der Budgetarbeit schlecht honoriert. Bei allen massgeblichen Positionen - das können Sie nachsehen - wurden höhere Ausgaben beschlossen. Eine Bemerkung kann ich mir hier auch nicht verkneifen: Gerade die freisinnige Fraktion, die eigentlich fast versprochen und den Willen bekundet hat, bis 2006 ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, hat in diesen Fragen schlecht mitgeholfen. Ich bedaure dies.

Nun, was geschieht, wenn der Antrag der Einigungskonferenz abgelehnt wird? Es wird nicht sehr viel geschehen. Es ist nicht so, dass damit das Budget gefährdet wäre; die Ablehnung der Ergebnisse der Einigungskonferenz führt nur dazu, dass der tiefere Betrag, der zur Diskussion gestanden hat - sei es im Ständerat oder im Nationalrat -, zum Zuge kommen wird. Ich bitte Sie, im Interesse einer glaubwürdigen Finanzpolitik und im Interesse der Intentionen unseres Rates, der hier intensiv gearbeitet hat, dem Antrag der Einigungskonferenz nicht zuzustimmen.

**Frösch** Therese (G, BE): Ich möchte mich zum Kürzungsantrag betreffend die Pro Helvetia kurz äussern. Diese Kürzung - auch wenn sie 180 000 Franken beträgt - ist und bleibt eine inakzeptable Strafaktion. Die Kultur- und Kunstfreiheit sind damit bedroht. Wer in den letzten Tagen die Berichte in den französischen Medien verfolgt hat, hat gesehen, wie wir uns lächerlich machen und wie kleinkariert wir erscheinen.

Nach den politischen Änderungen seit dem 10. Dezember 2003 mit der Etablierung der pointierten blocherschen Politik im Bundesrat liegt es auf der Hand, dass sich Künstler und Künstlerinnen mit dieser Blocher-Schweiz, mit dieser Heidi-Schweiz öffentlich auseinander setzen. Dass sich ausgerechnet die CVP, welche letztes Jahr das Opfer war und die liberale Mitte besetzen will, sich nun als Verteidigerin dieser Haltung prononciert äussert, ist paradox. Persönlich finde ich, wir sollten einem Künstler, der diesen beklagenswerten Zustand der Demokratie darstellt, in einem Land, das Ähnliches mit Herrn Le Pen auch kennt, nicht 34, sondern 35 Millionen Franken geben.

Unsere Fraktion unterstützt diese Haltung. Aus realpolitisch naheliegenden Gründen werden wir dem kleineren Kürzungsantrag zustimmen.

**Vollmer** Peter (S, BE): Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Ich bin sehr betroffen, dass wir jetzt als Ergebnis der Einigungskonferenz bei der Pro Helvetia einen Kompromiss präsentiert erhalten. Es gibt hier keinen Kompromiss; entweder wollen wir eine Strafaktion gegen eine künstlerische Aktion machen, oder wir machen keine Strafaktion. Ich finde es eine Nötigung uns als Parlamentariern gegenüber, denn wir haben jetzt keine Möglichkeit mehr, uns gegen diese Kürzung zu wehren. Wir müssen diese Kürzung jetzt akzeptieren; wir haben keine Wahlmöglichkeit mehr. Ich möchte gegen die Art, wie hier mit der Kunstfreiheit und mit dem parlamentarischen Recht, sich dafür oder dagegen auszusprechen, verfahren wird, in aller Form protestieren.

**Steiner** Rudolf (RL, SO): Persönlich, aber auch im Namen der FDP-Fraktion, möchte ich erklären, dass wir mit dem Budgetprozess nicht zufrieden sind, dass wir aber in Anbetracht des zeitlichen Fortschrittes - wir haben den 16. Dezember - dem Budget wohl oder übel zustimmen müssen.

Zuhanden der SVP-Fraktion möchte ich nochmals festhalten: Die Verantwortung hierfür tragen wir alle. Wir sind den Budgetprozess zu spät angegangen, inklusive die Vertreter der SVP-Fraktion. Sie haben in diesem Prozess Ihre Klientel sehr wohl auch mitberücksichtigt; ich

erinnere an die verschiedenen Anträge, die gestellt wurden. Ich darf Sie an Ihre finanzpolitische Verantwortung erinnern: Wenn beim letzten Geschäft betreffend das europäische Eisenbahn-Hochleistungsnetz vielleicht Ihr Parteipräsident und Ihr Fraktionspräsident anwesend gewesen wären, hätten wir die Mehrheit geschafft und nicht unnötig 1,3 Milliarden Franken ausgeben.

**Simoneschi-Cortesi** Chiara (C, TI): È inaccettabile che in questo Parlamento si continui a mettere delle etichette sulla testa delle persone e che addirittura ci si venga a dire che siamo "kleinkariert". Io ritorno al mittente questo "etichettamento" a cui l'illuminata intelligenza di sinistra, i grandi e veri artisti, stanno procedendo in questo Paese. È inaccettabile, perché credo che in questo Parlamento ci debba essere la libertà di potersi esprimere senza dover essere stigmatizzati.

Secondo punto: Ci si viene a dire che questo atteggiamento è un paradosso per il nostro partito. Cara signora, non è un paradosso: il valore del rispetto delle persone e il valore del rispetto delle istituzioni sono due valori fondanti in una vera democrazia, e dovrebbero esserlo anche per questi pseudo-artisti. Noi siamo fedeli ai nostri valori e questo non è un paradosso.

**Müller-Hemmi** Vreni (S, ZH): Ich habe am Montagnachmittag bereits im Namen der Fraktion dafür plädiert, einen kühlen Kopf zu behalten und nicht eine Budgetdebatte für eine kulturpolitische Debatte zu missbrauchen. Es ist jetzt passiert; die SP-Fraktion bedauert das in höchstem Mass. Wir werden dieser Kürzung um 180 000 Franken nur deshalb zustimmen, weil wir wissen, wie nötig die Pro Helvetia das Geld hat, wie sehr zahlreiche künstlerische Projekte in diesem Land - sei das in der Literatur, im Theater, bei der Musik oder beim Tanz - genau diese Gelder benötigen. Das sind alles künstlerische Produktionen, die gemäss Auftrag der Pro Helvetia zu fördern sind.

Ich lade Sie ein und zähle darauf, dass all jene, die sich während dieser Debatte für eine liberale Kulturpolitik ausgesprochen haben - in diesem Rat sind dafür jeweils Mehrheiten zustande gekommen -, sich bei der kommenden Auseinandersetzung zum Kulturförderungsgesetz und zur Revision des Pro-Helvetia-Gesetzes für eine autonome Kulturstiftung dieses Landes einsetzen werden.

**Le président** (Maitre Jean-Philippe, président): Je rappelle que nous tranchons en un seul vote au sujet de l'ensemble des propositions de la Conférence de conciliation. Je vous rappelle enfin l'article 94 de la loi sur le Parlement: "Si une proposition de conciliation portant sur l'arrêté fédéral relatif au budget de la Confédération ou à l'un de ses suppléments est rejetée, est réputée adoptée la décision prise en troisième lecture qui prévoit la dépense la moins élevée."

**Abstimmung - Vote**

Für den Antrag der Einigungskonferenz .... 98 Stimmen

Für den Antrag Pfister Theophil .... 82 Stimmen

04.047

## Voranschlag der Eidgenossenschaft 2005 Budget de la Confédération 2005

### *Differenzen - Divergences*

**Präsident** (Frick Bruno, Präsident): Ich halte einleitend Folgendes fest: Gemäss den Artikeln 92 bis 94 des neuen Parlamentsgesetzes stellt die Einigungskonferenz einen Einigungsantrag, der alle verbleibenden Differenzen gesamthaft bereinigt. Dieser Einigungsantrag wurde vom Nationalrat als Erstrat heute Morgen mit 98 zu 82 Stimmen genehmigt. Nun wird er unserem Rat vorgelegt. Wenn der Einigungsantrag abgelehnt wird, gilt bei allen Differenzen der Beschluss unserer dritten Beratung, der den tieferen Betrag vorsieht als der Antrag der Einigungskonferenz. Es gibt also keine Einzeldiskussion und keine Einzelabstimmung über einzelne Posten, sondern nur eine gesamthafte Abstimmung.

### **Departement des Innern - Département de l'intérieur**

*306 Bundesamt für Kultur  
306 Office fédéral de la culture*

*Antrag der Einigungskonferenz  
3600.001 Stiftung Pro Helvetia  
Fr. 33 820 000*

*Proposition de la Conférence de conciliation  
3600.001 Fondation Pro Helvetia  
Fr. 33 820 000*

**Lauri** Hans (V, BE), für die Kommission: Wie Sie gehört haben, hat die Einigungskonferenz heute Morgen versucht, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und eine Verständigungslösung - so das Parlamentsgesetz - zu formulieren. Eine Verständigungslösung ist eine Lösung zwischen den bekannten, feststehenden Meinungen der beiden Räte. Der Nationalrat hat dieser Lösung vor rund zwei Stunden mit 98 zu 82 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

Im konkreten Fall umfasst der Einigungsantrag sechs Elemente. Wird ihm zugestimmt, so wächst in vier Positionen die bisherige Lösung unseres Rates in Rechtskraft. In zwei Fällen wird ein mittlerer Betrag, ein Betrag zwischen den bisherigen Entscheidungen der beiden Räte, Platz greifen. Das gilt für die Stiftung Pro Helvetia und für die IT-Ausgaben. Wird der Einigungsantrag abgelehnt, so kommt in zwei Fällen die Lösung des Ständerates zum Zug, nämlich bei Pro Helvetia und bei Jugend und Sport, und in den restlichen Fällen die bisherige Lösung des Nationalrates.

Ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass dies beim Buwal, beim ARE und im IT-Bereich zu Problemen führen kann, bzw. nach Auffassung Ihrer Finanzkommission auch zu Problemen führen wird. Im IT-Bereich kommt anstelle unserer Kürzung von 15 Millionen eine solche von 25 Millionen Franken zum Zug, und das auf einem Ausgabenvolumen von rund 216 Millionen Franken bei den IT-Sachausgaben und auf einem Ausgabenvolumen von rund 250 Millionen bei den IT-Investitionen.

Aus der Fahne kann der Eindruck entstehen, es gehe um eine Kürzung, die sich auf einen viel höheren Betrag beziehe, nämlich auf fast 3 Milliarden bzw. auf 570 Millionen Franken. Der Eindruck ist indessen falsch, weil auf der Fahne die gesamten Sachausgaben und die gesamten Investitionsgüterausgaben aufgeführt sind. Die IT-Ausgaben sind nur eine Teilmenge dieser sehr grossen Beträge. Es ist stark zu befürchten, dass mit dieser Kürzung der Bogen im

EDV-Bereich überspannt würde und dass auch laufende Vorhaben eingeschränkt werden müssten.

Beim Buwal würden im Fall einer Ablehnung die vom Bundesrat beantragten Kredite im einen Fall um gegen 25 Prozent gekürzt, im andern Fall um rund 18 Prozent. Auch hier hat Ihre Kommission früher schon festgestellt, dass damit eine Beschneidung der Aufgaben und der Ausgaben des Buwal Platz greifen würde, die aus unserer Sicht nicht vertretbar ist.

Bei Pro Helvetia resultiert ein Betrag zwischen den bisherigen Positionen der beiden Räte. Soweit die Ausgangslage nach den Entscheiden der Einigungskonferenz. Ich bitte Sie also um Zustimmung zu diesem Antrag und um Ablehnung des Antrages Lombardi. Ich werde mir, je nach Verlauf der Diskussion, vorbehalten oder vielmehr erlauben, dann später noch einmal das Wort zu ergreifen.

**Lombardi** Filippo (C, TI): Ich habe Verständnis für die Bemühungen unseres Kommissionspräsidenten, seine Lösung doch noch über die Bühne zu bringen.

Bestimmt war die Aufgabe unserer Einigungskonferenz nicht einfach, besonders was die Position Stiftung Pro Helvetia betrifft, dem einzigen Objekt mit hoher politischer Brisanz unter den sechs verbliebenen Differenzen im Voranschlag 2005. Der Antrag, der uns jetzt vorliegt, ist aber die schlechteste Lösung, die man auswählen konnte. Man hätte vielleicht andere Wege für einen Kompromiss suchen können. Ich wäre bereit gewesen, dazu Hand zu bieten. Aber dieser Weg ist eindeutig der falsche.

Seit unserer ersten Haushaltdebatte haben wir konsequent betont, es gehe hier nicht um eine Strafaktion gegen diese Stiftung für eine misslungene Ausstellung in Paris, sondern um eine allgemeine Beurteilung der bedenklichen Art und Weise, wie die Stiftung organisiert und geführt wird, mit zu hohen Strukturkosten und der Anwendung fragwürdiger Kriterien, besonders für die Finanzierung von Auslandprojekten, die gemäss Artikel 2 des Gesetzes betreffend die Pro Helvetia einen werbenden Charakter für das Verständnis des schweizerischen Gedanken- und Kulturgutes im Ausland haben müssen. In diesem Sinne erwarten wir auch die Berichte unserer WBK und der GPK.

Aus diesen Gründen hat Frau Langenberger ihren Antrag auf eine Kürzung um 80 000 Franken - das entspräche dem supponierten Gehalt des Künstlers Hirschhorn - zu Recht zugunsten des Antrages Bieri zurückgezogen. Aus ähnlich ausgewogenen Überlegungen hat mich Kollege Schiesser in der ersten Debatte überzeugt, dem Antrag Bieri zuzustimmen.

Jetzt macht der Antrag der Einigungskonferenz genau das, was wir nicht wollten - eine Strafaktion in der Höhe von 180 000 Franken, diesmal nicht mehr gegen einen einzelnen Künstler, sondern gegen die ganze Ausstellung, die von der Pro Helvetia mit diesem Betrag finanziert wurde! Wir hätten jeden anderen Betrag auswählen können, nur nicht diesen. Ich war in der Einigungskonferenz echt befremdet und überrascht, diesen Vorschlag sowie die darauf folgende Zustimmung zur Kenntnis zu nehmen. Diesem sachlich falschen Kompromiss konnte ich mich nicht anschliessen. Obwohl ich die ständerätliche Lösung unterstützte, wäre mir persönlich - ehrlich gesagt - unter diesen Umständen die nationalrätliche Fassung noch lieber gewesen. Aber sie wurde von niemandem mehr aufgenommen.

Angesichts der politischen Brisanz dieser besonderen Position sehe ich mich deshalb, zusammen mit vielen Ratskollegen, gezwungen, den Antrag der Einigungskonferenz abzulehnen.

Man könnte natürlich - wie der Präsident - argumentieren, dass damit der ganze Einigungsantrag hinfällig würde, was in allen Positionen den tieferen Betrag der beiden Räte ergeben würde. Leider lässt uns das Parlamentsgesetz keine andere Wahl. Aber wir wissen alle, dass wir die Beträge, die wir höher ansetzen wollen, problemlos mit dem Nachtrag I zum Voranschlag erreichen können. Es ist davon auszugehen - und ich werde mich dafür einsetzen -, dass dann die vom Ständerat beantragten Beträge bestätigt werden.

Aus diesen Überlegungen, und nachdem auch im Nationalrat nur eine knappe Mehrheit diesen falschen Kompromiss gutheissen konnte, bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen und den Antrag der Einigungskonferenz abzulehnen.

**Pfisterer** Thomas (RL, AG): Ich habe den Eindruck, dass wir vor einer ausserordentlichen Situation stehen und dass ein Stück eidgenössischer Verständigungspolitik zur Diskussion steht. Wir reduzierten zulasten einer Verständigungslösung beim Paket Schutzwald. Diese Verständigungslösung ist auf Antrag von Herrn Epiney ausgearbeitet worden, und die Kommissionsmitglieder in der Subkommission - die Herren Jenny und Leuenberger sowie meine

Wenigkeit - haben sie mitgetragen. In der Finanzkommission ist die Verständigungslösung zum Paket Schutzwald akzeptiert worden.

Weiter: Hinter dem Antrag steht ferner eine Verständigungslösung in der Einigungskonferenz. Das Ergebnis zu Pro Helvetia ist ärgerlich, einverstanden. Aber in der Einigungskonferenz hatten wir den Auftrag, eine Verständigungslösung zu suchen. Mit dem Kompromissantrag - minus 180 000 Franken - ist versucht worden, möglichst nahe beim Beschluss des Ständerates zu sein und dennoch das der Mehrheit unseres Rates wichtige politische Signal Richtung Reform der Pro Helvetia zu setzen. Schliesslich ist die Situation beim Budget anders als bei der Goldfrage, die wir heute Morgen behandelt haben. Es gibt Fragen, bei denen kein Verständigungsspielraum besteht - so bei der Goldfrage -, da darf sich jeder Rat durchsetzen. Wo aber ein Verständigungsspielraum besteht, ist es doch der Sinn unserer Verständigungspolitik, dass wir die Verständigung auch wirklich suchen.

Es geht also in dreifacher Hinsicht um die Verständigungspolitik:

1. in der Subkommission und in der Finanzkommission,
2. in der Einigungskonferenz und zwischen den Räten.
3. Es geht ein Stück weit um den Sinn des Zweikammersystems.

Die Verständigungspflicht in der Einigungskonferenz kann man als das Flaggschiff der eidgenössischen Verständigungspolitik bezeichnen. Mir scheint es wichtig - in der heutigen Zeit erst recht -, dass der Ständerat diese Verständigungspolitik bewusst aufrechterhält. Die ständerätliche Delegation - Ihre Delegation - in der Einigungskonferenz hat nicht einfach schlecht gearbeitet, sondern sie hat in vier Positionen die Meinung des Ständerates durchsetzen können, und in zwei weiteren Positionen doch auch einigermaßen. Der Ständerat hat sich weitgehend durchgesetzt.

Ich stand bisher unter dem Eindruck, dass wir uns bemühen, auch in der Finanzpolitik sachlich zu argumentieren. Wir haben die sachliche Argumentation durchgehalten, gegenüber der teilweise doch eher nur politischen Argumentation im Nationalrat. Ich hoffe, dass wir das auch jetzt tun, dass wir auch jetzt Mass halten können. Ich bitte Sie, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

**Bieri** Peter (C, ZG): Ein Satz: Es ging bei dieser Debatte nicht um die Ausstellung in Paris, es ging um die Arbeit und den Auftrag der Pro Helvetia, und diese Diskussion muss zwischen Bundesrat und Parlament weitergeführt werden.

**Lauri** Hans (V, BE), für die Kommission: Dieser eine Satz hat mich nun doch noch etwas provoziert, Herr Kollege Bieri. Wenn wir jetzt, was fast schon zu spüren ist, den Entscheid der Einigungskonferenz ablehnen, müssen wir uns bewusst sein, dass wir kulturpolitisch gar nichts Zusätzliches mehr gewinnen. Wir verstärken einfach ein Zeichen, das schon sehr stark gegeben worden ist. Die WBK hat gesagt, sie nehme das Thema auf, sie wolle die Debatte führen. Dem Vernehmen nach hat offenbar auch die GPK bereits gesagt, sie wolle sich dieses Themas annehmen. Etwas Weiteres können wir nicht bewirken.

In dieser Situation möchte ich doch auch an die Ausführungen von Kollege Pfisterer erinnern. Es ging in dieser Einigungskonferenz darum, eine Lösung zu finden, die auch im Nationalrat eine Mehrheit findet. Es ist gar nicht sicher, dass das Geschäft, wenn der ständerätliche Wunsch sich auch hier durchgesetzt hätte, nicht bereits im Nationalrat gestorben wäre. Das bitte ich mit zu beachten. Ich habe persönlich die Auffassung, dass wir diese Debatte vor rund einer Woche aus richtigem Anlass aufgenommen haben. Wir haben dann verschiedene Möglichkeiten des Ausstiegs verpasst. Wir haben jetzt noch einmal eine Möglichkeit, uns mit dem Nationalrat zusammenzufinden. Diese sollten wir nicht ausser Acht lassen.

Deshalb bitte ich wirklich, den Antrag Lombardi abzulehnen, auch im Wissen darum, dass diese 180 000 Franken wahrscheinlich kaum ein sehr gescheiter Betrag sind. Aber das Zeichen, das wir damit setzen können, ist aus meiner Optik besser, reifer als das Beharren auf dem bisherigen Standpunkt.

#### *Abstimmung - Vote*

Für den Antrag der Einigungskonferenz .... 18 Stimmen

Für den Antrag Lombardi .... 25 Stimmen